Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag, II., Havlíčkova nám. 32.

Telephone: Tagesredaktion: 6795. Nachtredaktion: 6797.

Postscheckamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . . Kč 16.—
vierteljährlich . . „ 48.—
halbjährig . . . . „ 96.—
ganzjährig . . . . „ 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

4. Jahrgang. Samstag, 10. Mai 1924. Nr. 110.

Eine Palastrevolution.

Vor einigen Tagen ist es in Brünn auf dem Nationaldemokraten zu äußerst stürmischen Auftritten gekommen, bei denen die Teilnehmer nur gerade noch durch Handgreiflichkeiten sich nicht gegenseitig von der Richtigkeit ihrer Anschauungen zu überzeugen suchten. Eine Minderheit des Parteitages erklärte die Verhandlungen und die gefaßten Resolutionen für null und nichtig und der Vorsitzende, Abgeordneter Dr. Englis, blieb sogar am zweiten Tage wegen der Aufregungen des ersten Tages den Verhandlungen ferne und unterließ es, sein Referat über wirtschaftliche Zeitfragen zu halten. Wenn es sich nur um einen inneren Parteistreit handeln würde, der schließlich auch anderswo zu Hause ist, braucht von den Vorgängen nicht weiter Notiz genommen werden, aber hier wurde nicht bloß ein Familien-Waschtag gehalten und es ging weniger um die Austragung persönlicher Differenzen, als um die Auseinandersetzung zwischen politischen Gegensätzen, die auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse Einfluß nehmen können, dies umsomehr, als auch in allen anderen tschechischen Parteien sich Gärungsprozesse vollziehen, wie man einen hier in der nationaldemokratischen Partei vor sich sieht.

Der Streit ging um vier innerpolitische Resolutionen, die von der Mehrheit des Landesparteitages beantragt und nach heftigen Auseinandersetzung mit der Minderheit angenommen wurden. Die erste dieser Resolutionen verlangt die Aufrechterhaltung der Autonomie der mährisch-schlesischen Parteiorganisation im Rahmen der Gesamtpartei, sowohl in Fragen der Organisation wie bei den Wahlen. Die mährische Parteileitung will sich ihre bisherige relative Selbständigkeit gegenüber Prag bewahren und von diesem sowohl bei Kandidatenaufstellungen wie bei ihrer politischen Stellungnahme nicht abhängig sein. Natürlich hat dieses Autonomieverlangen nur den Sinn, die Politik der Prager Zentralleitung, das ist die Politik Dr. Kramařs, nicht blindlings mitmachen zu müssen, sondern ihr mit einer gewissen Selbständigkeit entgegentreten zu können. Ein Teil der mährischen Nationaldemokraten ist der Prager Leitung zugeneigt und macht geltend, daß diese Autonomie der Einheit der Partei widerstreite. Es setzte gegenseitige heftige Anklagen, aber die Mehrheit der Mährer gab nicht nach und beschloß, trotz aller Proteste an der organisatorischen Autonomie festzuhalten.

Der Grund dafür zeigte sich schon bei der nächsten Resolution über die äußere Politik, die eine regelrechte Absage an die Politik des Herrn Dr. Kramař ist, der bekanntlich dem Außenminister Dr. Beneš spinnefeind ist, weil dieser in der Stellung zu Rußland und in der Frage der militärischen Interventionen gegenüber der Sowjetregierung nicht geneigt war, die zaristisch-reaktionären Neigungen des nationaldemokratischen Parteihäuptlings über die Interessen des Staates zu stellen. Obwohl dem Außenminister wahrlich nicht deutschfreundliche Gesinnung nachgesagt werden kann, dem Dr. Kramař ist er doch verhaßt, besonders weil er der Exponent der „Politik des Hradschin" ist, jenes Hradschin, dem es Dr. Kramař nie vergeben wird, daß er nicht auf ihm residiert. Dr. Kramařs Gegnerschaft zur Außenpolitik, die gleichermaßen auf reaktionärer Gesinnung wie auf der Politik der gekränkten Leberwurst beruht, wird nun vom mährisch-oppositionellen Flügel der Partei nicht geteilt und die in Brünn beschlossene Resolution heißt ebenso die Tendenz und Richtung der Außenpolitik Dr. Beneš gut, wie sie für Dr. Kramař ein ausgewachsenes Mißtrauensvotum darstellt. Sie verlangt, daß die Arbeit des Außenministers von der Partei unterstützt und ihre Autorität im In- und Auslande gestärkt werde. Also das gerade Gegenteil von dem, was die Kramař, Dyk und Mareš anstreben!

Ein nicht geringerer Gegensatz kam in der Resolution über die Innenpolitik zum Ausdruck. Es heißt dort, der Parteitag bedauere, daß die Partei seit dem Tode Rašins in der Regierung nicht durch ihre Führung vertreten sei, wodurch die Stellung der Partei in der Koalition leide zum Schaden ihrer idealen und materiellen Interessen. Schärfer kann wohl ein Mißtrauen nicht mehr ausgedrückt werden, wie es hier den nationaldemokratischen Ministern Bečka und Novak zuteil wird.

Auch die letzte politische Resolution, die von der Korruption und dem Kampfe gegen sie handelt, ist eine glatte Ablehnung des Kurses der Prager Führung der Partei. Wenn darin verurteilt wird, daß die einzige Frucht der Korruptionsaffären die Schaffung der Preßgesetznovelle ist, jener Preßgesetznovelle, die gerade Dr. Kramař als Hauptredner der Koalition im Abgeordnetenhause belobhudelte, so ist es nur zu ersichtlich, gegen wen sich der Protest der mährischen nationaldemokratischen Frondeure gegen die Beschränkung der Preßfreiheit richtet.

Der Gegensatz, wie er sich zwischen Brünn und Prag auf dem nationaldemokratischen Landesparteitage so klaffend zeigte, reicht schon weiter zurück. Es wäre oberflächlich geurteilt, die Ursache dieser Palastrevolution in der Rivalität verhinderter Führer zu erblicken, sie ist vielmehr nur durch Verschiedenheit der in der Partei vertretenen Interessengruppen zu erklären. Die heutige nationaldemokratische Partei ist aus verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Elementen zusammengesetzt und ist die Zusammenfassung von vier Parteien: den ehemaligen Jungtschechen, ferner der früheren Realistenpartei, dann der staatsrechtlich fortschrittlichen Partei und schließlich der mährischen sogenannten fortschrittlichen Volkspartei In ihr sind ebenso angehörige der Intelligenzberufe, wie Industrielle, Landwirte und Finanzkapitalisten. Wenn auch alle diese Gruppen die bürgerlich-kapitalistische Ideologie einigt, so ist doch die Art ihrer wirtschaftlichen Interessen eine verschiedene und auch der Grad ihrer reaktionären Bedürfnisse ist nicht der gleiche. Die Prager Leitung, welche die Interessen des Bankkapitalismus in den Vordergrund schiebt, hat schon wiederholt den Widerspruch des Industriekapitals und anderer Gruppen gegen sich erstehen sehen. Das zeigte sich besonders in der von Dr. Rašin betriebenen Währungspolitik, deren Ziel die Deflation war und der Rašins Gegenpart, Dr. Englis, das Prinzip einer Politik der Währungsstabilisierung entgegenstellte. In den ersten Jahren nach dem Umsturze verhüllte die nationalistische Idee die vorhandenen Gegensätze in dieser Partei, ebenso wie in mancher anderen, die nun gezwungen sind, neue wirtschaftliche und politische Orientierungen zu suchen.

Zu einer Spaltung der nationaldemokratischen Partei wird der in ihr fortwirkende Streit wohl kaum unmittelbar führen, aber er deutet eine der inneren Schwächen der Koalition an. Die Partei des extremsten Nationalismus, deren Führer sogar mit dem Gedanken des Faszismus spielt, zeigt sich als innerlich morsch und von Zwist zerfressen. Dr. Kramař, der im Staate der allmächtige Diktator sein möchte, muß sehen, wie die Reihen seiner ejgensten Getreuen ihm nicht mehr Gefolgschaft leisten wollen. Er wird von seinen Königsträumen Abschied nehmen müssen. Aber auch die Koalition wird von dieser Palastrevolution nicht erfreut sein. Sie kann den Anfang vom Ende bilden!

Volksentscheid in Deutschland über das Sachverständigengutachten.

Die Forderung der Sozialdemokratie.

Berlin, 9. Mai. (Eigenbericht.) Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die Frage der Annahme oder Ablehnung des Sachverständigengutachtens zum Gegenstand eines Volksentscheides zu machen. In der Begründung, die der Parteivorstand der Oeffentlichkeit gibt, wird darauf hingewiesen, daß das Ergebnis der Reichstagswahlen mit ihrer Zersplitterung in 23 Parteigruppen keine genügend klare und eindeutige Antwort auf diese wichtige Frage der innerdeutschen Politik und der weiteren Entwicklung Europas gegeben haben, und daß es deswegen notwendig sei, das deutsche Volk unmittelbar vor die Entscheidung zu stellen, da Gefahr vorhanden sei, daß der Wille des Volkes durch Parteischiebungen verdunkelt werde. Nach den gesetzlichen Bestimmungen muß der Reichsinnenminister, wenn die Antragsteller für einen Volksentscheid nachweisen oder glaubhaft machen können, daß 100.000 ihrer Mitglieder hinter diesem Antrag stehen, eine Vorabstimmung anberaumen. Wenn in dieser ein Zehntel der überhaupt Abstimmungsberechtigten für die Vornahme des Volksentscheides eintritt, ist die Reichsregierung gesetzlich verpflichtet, einen dementsprechenden Gesetzentwurf an den Reichstag zu leiten. Wird ein solcher Gesetzentwurf vom Reichstag abgelehnt, so erfolgt die Befragung des Volkes und die Entscheidung erfolgt genau wie die Reichstagswahlen mit amtlichen Stimmzetteln, die auf Ja oder Nein lauten.

Der Vorstoß der sozialdemokratischen Partei bezweckt insbesondere, die Deutschnationalen, die sich in bewußter Demagogie jahrelang um die für Deutschland unvermeidliche Erfüllungspolitik bisher herumgedrückt haben, vor eine klare Entscheidung zu stellen.

Die Abendpresse ist noch nicht in der Lage, diesen so wichtigen Beschluß des Parteivorstandes zu besprechen, sie registriert ihn nur. Allein der spät abends erscheinende deutschnationale sogenannte „rote" Tag geht bereits ausführlicher auf diesen Beschluß ein. Aus der Besprechung geht deutlich die Verlegenheit hervor, in die die reaktionären Kreise durch diesen Vorstoß geraten, denn auch der „rote" Tag erklärt offen, daß bei einem Volksentscheid eine Stimmenabgabe mit „Nein" nicht zuverantworten sein werde. Auch die bürgerlichen Mittelparteien haben sich in der letzten Zeit offenbar mehr als bisher dazu aufgerafft, den Deutschnationalen energisch entgegenzutreten, und sie vor eine klare Verantwortung und Entscheidung zu stellen. Die Rechtskreise sind insbesondere darüber entrüstet, daß die Regierung Marx nicht demissioniert sondern vor den Reichstag treten will, weil auf diese Weise die Deutschnationalen nicht in der Lage sein werden, wie bisher einer verantwortlichen Entscheidung auszuweichen.

Der Lohnkampf an der Ruhr.

Dortmund, 9. Mai. (Wolff.) Der Reichs- und Staatskommissär Mehlich hat eine Vermittlungsaktion zur Beilegung des Kampfes im Bergbau eingeleitet. Zunächst sind die Vertreter der vier Bergarbeiterverbände heute abends zu einer Besprechung eingeladen. Morgen sollen die Besprechungen mit den Vertretern der Zechenverbände stattfinden.

•

Essen, 9. Mai. (Wolff.) Die vier Bergarbeiterverbände veröffentlichen eine Erklärung, in welcher der Auffassung entgegengetreten wird, daß der gegenwärtige Kampf im Ruhrbergbau politischen Motiven entsprungen sei und die Bewegung der Ruhrarbeiter unter dem Einflusse der Kommunisten und Unionisten stehe. Ihrer Generalstreikparole seien nur 1½ Prozent der Bergarbeiterschaft gefolgt. In den Aufrufen der vier Bergarbeiterverbände sei wiederholt dargelegt worden, daß die bestehenden Differenzen rein wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Art sind.

Reichsparteitag der VSPD am 11. Juni

Berlin, 9. Mai. (Eigenbericht.) Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, den vor den Reichstagswahlen verschobenen Reichsparteitag mit Zustimmung des Parteiausschusses für den 11. Juni nach Berlin einzuberufen.

Regierungsübernahme durch die Deutschnationalen.

Berlin, 9. Mai. Das Organ des Zentrums, die „Germania", läßt sich aus rheinischen Parteikreisen schreiben, die Forderung des „Lokalanzeigers" nach einem Rücktritte der Regierung Marx habe manches für sich. Es erscheine aber am zweckmäßigsten, daß die Regierung Marx's vor den neuen Reichstag tritt, ihr Programm entwickelt, den Wunsch nach Umbildung der Regierung ausspricht, und dann den stützenden und stürzenden Kräften freie Bahn läßt. Wer den Mut habe, die Regierung zu stürzen, müsse die Kraft besitzen, eine neue zu errichten. Erfreulich sei, daß die Deutschnationalen durch die Aufnahme der verschiedenen Landbünde die stärkste Partei wurden und der aussichtslose Versuch der Bildung einer sozialistischen Regierung nicht unternommen zu werden brauche.

Im „Berliner Tageblatt" wird die Frage gestellt, ob Hergt den Auftrag gehabt habe, im Namen der deutschnationalen Fraktion zu sprechen. Im Grunde wäre wenig dagegen einzuwenden, die Deutschnationalen einmal in der Praxis zeigen zu lassen, was sie eigentlich können. Das Experiment dürfe aber nicht darauf hinauslaufen, daß man den Deutschnationalen das Reich ausliefere, um ihnen die Macht in Preußen in die Hände zu spielen.

Zum deutsch-russischen Zwischenfall.

Moskau, 9. Mai. (Rosta.) In der Moskauer Oeffentlichkeit wird zu dem russisch-deutschen Konflikt mit Nachdruck betont, daß die Durchsuchung der Beliner Vertretung nicht einmal den Regeln entsprochen habe, die bei Durchsuchung privater Personen eingehalten werden. Erstens habe die Polizei, die angeblich einen entflohenen Häftling gesucht hat, die Tischladen durchgesucht und die Tische gewaltsam aufgebrochen. Außerdem habe die Durchsuchung ohne Zeugen stattgefunden, alle Personen wurden aus den Räumlichkeiten entfernt und über die konfiszierten Gegenstände und Dokumente sei kein Protokoll verfaßt worden. Es wird weiter darauf verwiesen, daß die Regeln, die bei Durchsuchungen privater Personen eingehalten werden, umso eher bei einer fremdstaatlichen Institution hätten Anwendung finden sollen. Die Moskauer Presse dementiert mit aller Entschiedenheit die in Berlin verbreitete Nachricht, daß im Gebäude der Handelsvertretung kompromittierende Dokumente aufgefunden worden wären. Die erste polizeiliche Meldung über die Durchsuchung habe auch nichts von kompromittierenden Dokumenten gesprochen, ja, sie gestand zu, daß in dem Gebäude nichts aufgefunden worden ist.

Eine Menge großer russischer Bestellungen in Deutschland wurde storniert und anderen Ländern, besonders England, Schweden, u. a., vergeben

Das Labour-Budget.

Von unserem Londoner Korrespondenten.

Philip Snowden hat am 29. April dem Unterhause das erste Budget der englischen Arbeiterregierung vorgelegt. Dasselbe hat die unverhohlene Anerkennung der Konservativen gefunden, die einstimmige Zustimmung der Liberalen erhalten, und — die helle Begeisterung der ganzen Labour-party erweckt. Politisch hat es die Stellung der Macdonald-Regierung ungemein befestigt: die Drohungen ihrer Gegner durch irgend ein Mißtrauensvotum baldige Neuwahlen zu erzwingen, sind auf lange Zeit verstummen gemacht, während die Werbekraft des Sozialismus im ganzen Lande einen neuen Impuls gewonnen hat. — Wie ist all dies zu erklären und worin besteht die große Leistung, die der Finanzminister des ersten Labour-Government vollbracht hat? Um darauf antworten zu können, müssen wir uns auf das Gebiet der Finanzwissenschaft begeben und uns darüber klar sein, daß jedes Budget in seiner Erscheinung eine trockene Zusammenstellung von Zahlen und Zahlengruppen ist. Der erste Vorzug, der dem Budget und den dazu abgegebenen Erklärungen nachgerühmt wird ist, trotzdem es sich um die Verwaltung der Riesensumme von nahezu 800 Millionen Pfund Sterling (etwa 120 Milliarden Kronen) handelt, hat Snowden den Gegenstand mit einem ganz außerordentlichen Geschick gemeistert und seine Ergebnisse mit ebensolcher Klarheit bekanntgegeben. — Der Einfachheit halber beschränken wir uns darauf, einige große Gruppen hervorzuheben, und zwar auf der Einkommenseite die indirekten Steuern, ferner die Grund- und Erbschaftssteuer, sowie die Einkommensteuer mit Zuschlägen, während wir auf der Ausgabenseite nur den Schuldendienst in den Kreis der Betrachtungen ziehen wollen. Was könnte eine sozialistische Regierung tun, wenn sie die gesamte Staatsgewalt — ohne mit dem Widerstand einer anders gesinnten Majorität rechnen zu müssen — ausübte? Sie würde die indirekten Steuern herabsetzen und den Ausfall durch eine Erhöhung etwa der Steuerpflicht des Großgrundbesitzes decken; eine Erhöhung der Einkommensteuer und der Zuschläge, sowie in gewisser Hinsicht der Erbschaftssteuer wäre — bei Beibehaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems — praktisch gerade nicht empfehlenswert, da die gegenwärtigen Steuersätze (die entsprechenden Budgetposten sind 265,61 und 56 Millionen Pfund Sterling) bereits ziemlich hoch sind. Auf der Ausgabenseite müßte daran gegangen werden, die drückende Last der Nationalschuld so rasch als möglich aus der Welt zu schaffen und dies würde vornehmlich durch eine einmalige Vermögensabgabe angestrebt werden. Bekanntlich ist aber das heutige Labour-Government eine Minoritätsregierung, die im Parlament über nicht ganz ein Drittel der Abgeordneten verfügt, welche selbst nur von einem Viertel der Nation gewählt worden sind. Infolgedessen gab es für den Finanzminister nur zwei Wege: er konnte erstmal ein rein sozialistisches Budget im Sinne des oben Ausgeführten vorlegen und damit, da seine Annahme von dem gegenwärtigen Unterhaus nicht zu erreichen wäre, an die Wählerschaft appellieren. Das Ergebnis eines unter solchen Umständen geführten Wahlkampfes könnte heute der Labour-Party noch keineswegs den notwendigen Erfolg bringen, möglicherweise eine kleine numerische Stärkung derselben und Schwächung der Liberalen herbeiführen, aber jedenfalls würde damit das Ende der ersten Arbeiterregierung verbunden sein. Es blieb also nur der andere Weg übrig: ein Budget zu verfassen, das von der Majorität des Parlamentes bewilligt würde und dennoch der Arbeiterschaft große Vorteile verschaffe. Diesen Weg hat Snowden gewählt und der arbeitenden Bevölkerung den sogenannten freien Frühstückstisch beschert. — In der englischen Staatswirtschaft besteht seit langem eine (im Vergleiche mit kontinentalen Verhältnissen) der arbeitenden Klasse günstige Proportion zwischen direkten und indirekten Steuern. Trotzdem bereits 1923 (also unter einer konservativen Regierung) auf direkte Steuern 63.5 Prozent entfielen, während die indirekten Steuern 36.5 Prozent ausmachten, hat das erste Labour-Budget den Anteil der indirekten Steuern noch weiter, nämlich auf 33.9 Prozent herabgedrückt. Davon entfallen jedoch 28 Prozent auf Luxusausgaben, sodaß die indirekten Steuern auf eigentliche Nahrungsmittel in England nur noch 5.9 Prozent betragen werden! Snowden ermäßigt die Abgabe von Tee auf die Hälfte (vier Pence per Pfund), ebenso jene von Kakao, Kaffee (auf 14 Shilling per engl. Zentner) und Zichorie, Zucker von 25 Shilling 8 Pence auf 11 Shilling 8 Pence per engl. Zentner, getrockneten Früchten von 10 Shilling 6 Pence auf 7 Shilling per engl. Zentner. — Ferner hebt er die Lustbarkeitssteuer bis zu sechs Pence überhaupt auf, während er sie zwischen 7 Pence und 1 Shilling 3 Pence bedeutend ermäßigt. Soweit die indirekten Steuern. — Außerdem räumt das neue Budget mit einer obsoleten Häuserabgabe und einer dem Prinzip der gleichmäßigen Belastung widerstreitenden Steuer auf die Gewinne der Korporationen auf. Die zuletzt erwähnten Veränderungen haben den Beifall der bürgerlichen Parteien geweckt, während die für den 1. August 1924 vorgesehene Aufhebung der sogenannten Mc Kenna-Zölle, die im Jahre 1915 auf Motorwagen, Musikinstrumente, Uhren und Films zum Schutz der betreffenden englischen Industrien eingeführt worden waren, eine heftige Opposition der Konservativen gezeitigt hat. Die letztere Maßnahme kann mit einer gewissen Berechtigung kritisiert werden, da mit der Aufhebung dieser Schutzzölle Motorwagen aus Amerika, Uhren aus der Schweiz, Musikinstrumente und Films aus Deutschland in größerem Umfange nach England eingeführt werden dürften, wodurch in den englischen Fabriken dieser Branchen mehr oder weniger Arbeiter ihre Arbeit verlieren könnten. Dies ist in einem Staate, wo es heute noch mehr als eine Million Arbeitsloser gibt, ernstlich zu berücksichtigen; nichtsdestoweniger war die Beseitigung dieser letzten Bresche in dem Freihandelssystem nach dem Ausfall der letzten Wahlen und dem feierlich dokumentierten Willen der Wählerschaft unvermeidlich. Ueberdies wird in Fachkreisen versichert, daß es, wenn überhaupt, nur zu vereinzelten Arbeitsentlassungen kommen dürfte. Die bisher angeführten Erleichterungen kosten zusammen mit einigen kleineren Ermäßigungen 48 Millionen Pfund Sterling; dennoch schließt das glänzend konstruierte Budget mit einem Ueberschuß von vier Millionen. Ueberdies ist im Budgetjahr noch mit dem Eingang eines erheblichen Teils der mit 60 Millionen Pfund geschätzten Steuerrückstände zu rechnen, so daß die kommende außerbudgetäre Gesetzgebung der Regierung auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge finanziell gedeckt sein wird. Was das bedeutet, kann am besten durch ziffernmäßige Angabe des größten Passivpostens des Budgets illustriert werden: der diesjährige Nationalschuldendienst beträgt 350 Millionen Pfund Sterling, d. i. heute zirka 52 Milliarden Kč. Daraus können wir auch ermessen, welch schwere Last auf dem englischen Steuerzahler liegt. In diesem Zusammenhang gibt Genosse P. Lawrence im „New Leader" interessante Zahlen: 420 Millionen Pfund Steuern werden von der besitzenden Klasse geleistet, während 260 Millionen von den Arbeitern kommen. Dies könnte nur dann anders werden, wenn die Alliierten wenigstens einen Teil der Kriegsschulden, die jetzt auf zwei Milliarden Pfund Sterling (!) angewachsen sind, an England zurückgezahlt würden. Weder darauf noch auf deutsche Reparationszahlungen wird im Budget gerechnet.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß die englischen Genossen im Begriffe sind, den Beweis zu erbringen, daß eine Arbeiterregierung, selbst wenn sie in der Minderheit ist, dem wahren Vorteil des Proletariats dienen kann, wenn ihre Mitglieder nicht nur den guten Willen, sondern auch die Fähigkeiten, diesen zur Tat werden zu lassen, besitzen. Philip Snowden hat eine solche Tat vollbracht und darüber hinaus, seinen Ministerkollegen den Weg zur Verwirklichung ihrer Pläne freigemacht. Von allen englischen Kritikern hat dies nur J. L. Garvin, der hervorragende Leitartikler des „Observer" erfaßt. Doch Snowden hat auch an sich selbst nicht vergessen: sein erstes Budget trägt deutlich die Spuren des zweiten, das folgen soll, im Schoße. Es besteht kein Zweifel, daß dasselbe ein sozialistisches Budget sein wird, womit die Labour-Party in den großen Kampf um die Herrschaft in der englischen Demokratie gehen wird.

Horthy-Ungarn als Ankläger . . .

In Wien sprach Donnerstag der ungarische Graf Albert Apponyi über die außenpolitische Lage Ungarns. Unter anderem führte er aus, daß Ungarn ebenso wie Oesterreich, Deutschland und die anderen im Kriege unterlegenen Staaten im Friedensvertrag zur Entwaffnung verpflichtet worden sei. Diese Bestimmung wurde den Besiegten mit dem Versprechen einer all, gemeinen Entwaffnung auferlegt. Ungarns Entwaffnung wurde durchgeführt (die kriegsmäßig ausgerüsteten Divisionen der „Erwachenden" im Alföld existieren offenbar für den klerikalen Grafen nicht! Anm. d. Red), die der Sieger und Nachbarstaaten aber nicht. Im Friedensvertrage war die Garantie des Schutzes der Minderheiten festgesetzt. Ungarns drei Nachbarn (gemeint sind wohl die Tschechoslowakei, Jugoslavien und Rumänien) haben unter diese Garantie auch ihre Unterschriften gesetzt, aber keine von diesen Mächten kümmert sich um die in den Verträgen enthaltenen Verpflichtungen, den Minoritäten die persönliche, kulturelle und freiheitliche Entwicklungsmöglichkeit zu gewährleisten. Eine Remedur, meint Apponyi, kann aber nicht nur durch einen allgemeinen Umsturz oder durch neue Gewaltanwendungen herbeigeführt werden, da diese Ungarn nur in eine neue Katastrophe stürzen würden. Ungarn erwartet eine Remedur nur aus einer Umgestaltung der öffentlichen Meinung der ganzen Welt. (Wozu vor allem eine gründliche Aenderung des politischen Kurses, also die Beseitigung Horthys und der anderen Lumpen die Voraussetzung wäre. Anm. d. Red.). Apponyi schloß, daß Ungarn augenblicklich keine andere Politik als eine solche auf der Basis der Friedensverträge machen könne. Für die Kredit gewährenden Staaten war wohl seine Bemerkung berechnet, daß den Ungarn die Politik des Abenteurertums ferniege und niemand etwas von Ungarn zu befürchten habe. Ungarn werde nichts unternehmen, was es mit den Friedensbedürfnissen der ganzen Welt in Gegensatz bringen kann, es müsse aber verlangen, daß die Friedensverträge in jenen Teilen, in welchen sie seinem Lande Kompensationen bieten, ebenso durchgeführt werden, wie jene Bestimmungen, die Ungarn Verpflichtungen auferlegen.

Das Ideal der internationalen Bourgeoisie.

Die Lieblinge derer von Kramak bis Knirsch.

Der Leib der Mutter. 41

Roman von Else Feldmann.

Es tauchte die Vermutung auf, daß Frau Miezek eine Kindermörderin war. Sie hatte in ihren Wutanfällen der letzten Zeit es mehr als einmal den Leuten direkt ins Gesicht gesagt; sie werde es schon machen, sie verstehe sich darauf, kleine Kinder aus dem Weg zu räumen . . .

Die Kohlenhändlersfrau hatte es angezeigt; sie fühlte sich als Mutter verpflichtet, so etwas anzuzeigen. In die nächste Polizeistube war sie gerannt und hatte gesagt, sie mache eine Anzeige, das und das sei vorgefallen. Und es war auch schon wer dagewesen, und man sprach davon, die kleinen Leichname auszugraben. Gestern war wieder ein Polizeibeamter dagewesen.

Alle Frauen sprachen schlecht von ihr. Sie waren strenger als ein Richter.

Die Hausmeisterin drückte sich aus — man konnte sich nicht ordinärer ausdrücken; besser verstand sie es nicht; der Sinn ihrer Worte war mehr als banal: Mit dem Mann schlafen, das paßte ihr, — aber die Folgen tragen, wolle sie nicht.

Und Frau Fehrenheit nickte heftig mit ihrem Kopfe eines alten Weibes und war ganz gerührt über ihr Heldentum, die Folgen zu tragen.

Die ersten Tage sollte der kleine Otto bei Schuster Fehrenheit bleiben, dann wollte man sehen. Vielleicht konnte die Frau für ihn das Gemeindekostgeld bekommen, wenn er elternlos wurde.

Laich erfuhr, daß sie im Alten Krankenhaus lag. Er machte sich auf den Weg. Schließlich war sie nicht irgend ein fremder Hund für ihn, — und er konnte — wie arm er auch war, etwas für sie tun . . .

Sei es nur, ihr die lästigen Haare aus der Stirn zu streichen, ihr die Fliegen wegzujagen . . Er wußte von seiner Pflegerzeit her, welche Dienste man Schwerkranken leisten konnte. Daß ihr Zustand ein lebensgefährlicher war, wußte er vom ersten Augenblick, als er sie sah. Sie lag in dem alten Spital mit den vielen Höfen, dieser Krankenstadt. Von dem Zimmer führten ein Gang und Treppen in den Hörsaal. Man sagte ihm, daß die Patientin zum Kurs gebracht wurde. Er wartete vor der Tür. Er wußte es, was Kurs war. Als er den ersten Tag Diener an der Klinik war, hatte er einen Mann in mittleren Jahren, der an der Zuckerkrankheit litt, in den Operationssaal hinuntergefahren. Das Bein sollte ihm amputiert werden. Die Hörer waren versammelt, die fröhliche Studentenschar, und allen war die Lust und die Freude an der Arbeit im Gesichte anzumerken. Der Kranke lag mit weißem Gesicht und stöhnte. Endlich kam der Professor mit seinem Stab von Assistenten, Aerzten und Schwestern. Der Professor sprach zunächst über die große Bedeutung des Händewaschens, während alle daran gingen, es zu tun. Dann prüfte er die Instrumente. Dann sagte er: Jetzt lege ich das kranke Bein bloß und werde es rasieren. Während er das Messer haarscharf machte, erzählte er seine berühmten, witzigen Anekdoten: . . . Als junger Arzt wurde er einmal zu einem hohen Herrn gerufen; er sollte eine ziemlich schwere Operation an ihm vornehmen. Als er die Stelle rasierte, passierte es ihm, daß er die Haut einigemale ritzte. Au — was treiben Sie Mensch — Sie schneiden mich ja! — Nein, ich rasiere bloß die Stelle, sagte ich kleinlaut. — Haha — was sagen die Herren dazu? Ich schneide ihn — es war die Stelle, wo ich später die großen Schnitte machte. Nach erfolgter glücklicher Operation ließ mich der Patient rufen und sprach mir seine Zufriedenheit aus; Wissen Sie, sagte er, operieren würde ich mich nur von Ihnen lassen, rasieren nie . . . Ein schallendes Gelächter erfüllte den Saal. Dann erklärte er weiter, wo das Messer einzusetzen habe, wo die Säge. Der Mann auf dem Tisch, der alles hörte, was mit ihm geschehen sollte, brüllte in Todesängsten . . .

Laich fragte eine Schwester, die aus dem Krankenzimmer kam, wie es um Frau Miezek stehe. Schlecht, war die Antwort. Hinter einer braunen Türe hörte er eine Stimme. Langsam öffnete er sie und stand auf der Treppe des Hörsaals. Alle Lichter waren angezündet. In den Bänken saßen die Hörer, die jungen Studenten. Der Professor zeichnete auf der Tafel.

Er sprach von dem Fall: der Abtötung der keimenden Frucht durch den Leien. Auf dem Rollbett lag die Patientin mit entblößtem Körper. Die Studenten traten aus den Bänken heraus, befühlten ihn mit den Händen; dann kam jedesmal dumpfes, furchtbares Stöhnen von dem Lager. Frau Miezek war es, die dort lag und der Wissenschaft diente.

Was Sie hier sehen, meine Herren, sagte der Professor, ist nichts geringeres, als der Leib der Mutter.

Hier, in diesem Teile, den Sie auf der Zeichnung sehen, vollzieht sich das Geschehen der Menschwerdung.

. . . Wir haben hier wieder Gelegenheit, an einer vierunddreißigjährigen Fabriksarbeiterin die fortschreitende Sepsis zu beobachten. — — — Wir werden diesmal die Sepsis bis zum letalen Ausgang durchnehmen. Bitte mir jetzt zu sagen, was Ihre Wahrnehmungen sind, ehe wir für heute schließen.

Ach so, es war eine Prüfung!

Laich schlich sich wieder auf den Gang hinaus, stand und wartete.

Wäre er nur nicht fortgereist, wäre er an ihrer Seite geblieben und hätte sie getröstet und ihr geraten, das nie zu tun — — —

So kam es; während er es sich in der Sommerfrische gut gehen ließ, war da ein Mensch untergegangen. Jetzt mußte sie unter entsetzlichen Leiden sterben.

Er wartete und endlich fuhren sie die Diener mit dem Bett zurück in den Krankensaal.

Als sie an ihm vorüberkamen, warf er einen Blick auf sie, sah den unendlich gemarterten Ausdruck auf ihrem Gesicht, das bleicher als ihr Leinenhemd war, mit hervorstehenden Backenknochen, mit Schläfenhöhlen, mit spitzer Nase und spitzen Ohren.

Sie hate die Augen offen, aber sie sah nicht mehr. Sie stieß den Atem sekundenweise mit einem kleinen Wehruf hervor.

Laich ging zur Schwester und sagte: Liebe Schwester, die Frau ist eine gute Bekannte von mir, aber wie ich sehe, ist sie ja eine Sterbende. Sie liegt in den letzten Zügen.

Sie liegt schon zwei Tage so, antwortete die Schwester, und wird noch zwei oder drei Tage so liegen. Sie bekommt Morphium —

Geben Sie ihr viel Morphium! bat er.

Das tun wir ohnehin; bei Sepsis sparen wir nicht mit dem Morphium.

Er sah, daß er hier nichts mehr tun konnte.

Nun schickte er sich an, den schrecklichsten Weg aller Wege zu machen: er ging zu Justine.

*

Es war recht still im Hause. In den Nachmittagsstunden schliefen die Mädchen. An der Tür der dicken Flora war das Schild überklebt, es stand jetzt darauf: Justine, die Schönheit. Laich klopfte zweimal leise an. Sein Herz schlug wie toll vor Sehnsucht, vor Betrübnis.

Wer ist es, flüsterte eine Kinderstimme.

Ich.

Justine machte ihm auf.

Leise, sagte sie, es schläft wer.

(Fortsetzung folgt.)

Ein nationaler Konflikt in der kommunistischen Bewegung der Tschechoslowakei.

Ein beliebtes kommunistisches Schlagwort gegenüber den im deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Verbänden ist die Behauptung, daß diese Verbände separatistisch und zu wenig international seien, während die Kommunisten von sich behaupten, daß sie den Internationalismus in Gewerkschaft und Partei reibungslos verwirklicht haben. Wie dies in Wirklichkeit aussieht, lehren die Verhältnisse in den kommunistischen Textilarbeiterorganisationen. Schon die Tatsache, daß es eine deutsche und tschechische kommunistische Textilarbeiterorganisation gibt, zeigt, daß die Schwierigkeiten, vor denen die Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei steht, auch den Kommunisten nicht erspart bleiben. Wie wir sofort an der Hand kommunistischer Behauptungen selbst nachweisen werden, sind die beiden Organisationen im heftigsten Kampf miteinander begriffen. Während die dem deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossene Union der Textilarbeiter mit dem tschechischen Brünner Verband schon vor längerer Zeit einen Ausschuß als Ueberbau gebildet hat, welcher von Fall zu Fall einberufen wird, damit in den verschiedensten aktuellen Fragen gemeinsam vorgegangen wird, was ein vollständig harmonisches Zusammenarbeiten beider Verbände zur Folge hatte, steht es mit den internationalen Beziehungen der beiden kommunistischen Verbände viel schlechter.

Nach der Abspaltung der Kommunisten von der Union der Textilarbeiter ist ein eigener kommunistischer Verband, die sogenannte Sektion der Textilarbeiter entstanden, während ein Teil der aus den tschechischen Verbänden ausgetretenen Mitglieder sich dem allgewerkschaftlichen Verband in Prag, der aus dem Verband der chemischen Arbeiter hervorgegangen ist, angeschlossen hat. Die Sektion hat sich nun bemüht, eine Reihe von kommunistischen Textilarbeitergruppen im tschechischen Gebiet für sich zu gewinnen und tatsächlich sind die Ortsgruppen Kreschitz und Königinhof der Sektion in Reichenberg beigetreten. In ihrem Bericht an den Verbandstag in Neustadt an der Tafelfichte, der unlängst stattgefunden hat, sagt die Sektion selbst darüber:

„Unsere Sektionsleitung betrachtete es als eine glatte Selbstverständlichkeit, daß die revolutionären Textilarbeiter, die aus dem Brünner Textilarbeiterverbande ausgeschlossen wurden, unserer Sektion als Mitglieder beitraten.

In einer Sitzung der Sektionsleitung in Reichenberg am 2. September 1922 wurde auch beschlossen, daß ein Sekretär der Sektion mit Namen Proke nach Prag zu übersiedeln habe, um dort ein Zentralsekretariat eines internationalen Textilarbeiterverbandes einzurichten. Das aber paßte durchaus nicht dem Leiter des allgewerkschaftlichen Verbandes Hais, der selbst die Textilarbeiter für seinen Verband gewinnen wollte. Der angeführte Bericht sagt darüber:

Hatte sich unsere Sektionsleitung mit dem Ausbau unserer Organisation zu einer internationalen Gewerkschaft beschäftigt, so wurde diese Tätigkeit gehemmt und das bisherige gute Verhältnis zum chemischen Verbande sehr getrübt, da die Sekretäre des chemischen Verbandes in die Gruppen der ausgeschlossenen Textilarbeiter fuhren und dort für die Loslösung derselben von unserer Organisation und für die Bildung einer eigenen tschechischen Textilsektion Propaganda machten. **Durch den Appell an das nationale Empfinden dieser Arbeiter** ist es ihnen auch gelungen, ihren Plan zu verwirklichen. Das diesen Gruppen von uns zur Verfügung gestellte Material wurde wieder zurückgestellt und die Marken und anderen Sachen für die Entfaltung der Tätigkeit vom chemischen Verbande direkt bezogen.

Die Sektion glaubte zunächst, daß es sich um einen Uebergriff einiger Beamten des allgewerkschaftlichen Verbandes handelt, aber dem war nicht so. Auf einer Landeskonferenz in Königgrätz wurde beschlossen, den Vorstand der Sektion zu erweitern und vier tschechische Genossen aus Böhmen in den Vorstand aufzunehmen. Aber alle Bemühungen waren vergebens. „Die Sekretäre des chemischen Verbandes verhinderten", wie der Bericht sagt, „systematisch die Bildung der internationalen Textilarbeiterorganisation". Der Schluß, zu dem der Bericht gelangt, ist folgender:

So wurde die im Werden begriffene rote Textilarbeiterorganisation zerschlagen. Genosse Proke mußte wieder von Prag nach Reichenberg übersiedeln, da alles versucht wurde, den mit uns geschlossenen Vertrag zur durchbrechen, wogegen wir energisch Stellung nahmen, und ein weiteres Verbleiben in Prag zur Unmöglichkeit wurde.

Nebenher läuft noch ein zweiter Konflikt der beiden Organisationen. Die Sektion in Reichenberg will von einem allgewerkschaftlichen Verband überhaupt nichts wissen, sondern steht auf dem Standpunkt, daß jede Industriegruppe ihre eigene Organisation habe. Sie drückt das in dem Bericht mit außerordentlicher Schärfe dem allgewerkschaftlichen Verband gegenüber aus:

Die Streitfrage ist, wie zum Schlusse betont sei, nicht die, ob wir uns mit den tschechischen Textilarbeitern vereinigen wollen, sondern die Frage steht so, **ob die Textilarbeiter die ganzen Machtbefugnisse über ihre eigene Bewegung aus ihren Händen geben und einer gewerkschaftlichen Zentralstelle einhändigen wollen.**

Die Reichenberger wollen sich also dem Diktat des Herrn Hais, des Führers des allgewerkschaftlichen Verbandes, nicht unterwerfen. Was die Reichenberger Kommunisten den Pragern vorwerfen, ist nichts weniger, als daß die Prager aus nationalen Gründen die Bildung einer internationalen Textilarbeiterorganisation verhindert haben. Die Beschwerde der Reichenberger Kommunisten, die an die internationale Exekutive nach Moskau gegangen ist, hat ihnen nichts genützt. Moskau hat entschieden, daß die Reichenberger kommunistischen Textilarbeiter nach der Pfeife des Herrn Hais zu tanzen haben.

Die Kommunisten werden natürlich weiter fortfahren, der Union der Textilarbeiter wie den anderen im Deutschen Gewerkschaftsbund organisierten Verbänden Nationalismus vorzuwerfen.

Vorläufiges Ergebnis unserer Werbeaktion.

Ein schöner Erfolg: bisher 5600, voraussichtliches Gesamtergebnis 10.000 neue Mitglieder.

Am 4. Mai wurde die von unserer Partei veranstaltete Aktion zur Werbung neuer Parteimitglieder abgeschlossen. Noch liegt uns nicht der Bericht über den Erfolg der Aktion aus allen Organisationen vor, aber die bisher eingelangten Berichte und Zahlen genügen bereits, um festzustellen, daß die Werbeaktion mit einem vollen Erfolge durchgeführt wurde. Die untenstehenden Ziffern beziehen sich nur auf 34 von insgesamt 82 Bezirksorganisationen, in denen die Werbeaktion durchgeführt wurde; noch aus 48 Bezirken stehen die Berichte und die Zahlen aus. Der Erfolg der Werbeaktion in der größeren Hälfte unserer Bezirksorganisationen kommt also in der nachfolgenden Zusammenstellung noch nicht zum Ausdruck, die allein aber schon einen durch die Werbeaktion herbeigeführten Zuwachs von 5636 Parteimitgliedern nachweist. Da in der Aufstellung, die wir vorläufig veröffentlichen, unter anderem Karlsbad, eines unserer größten und stärksten Kreisgebiete noch fehlt, da weiter auch aus anderen für die Partei wichtigen Kreisorganisationen noch die Ziffern über den Erfolg der Werbeaktion in vielen Bezirken fehlen, können wir heute wohl schon mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß die Partei in ihrem gesamten Organisationsgebiet durch die Werbeaktion 10.000 neuer Mitglieder, 10.000 neuer Kämpfer gewonnen hat.

Die Ziffern der nachfolgenden Statistik sind so zu verstehen: Die erste Ziffer nennt die Zahl jener Bezirke, aus welchen in der betreffenden Kreisorganisation bereits das zahlenmäßige Ergebnis der Werbeaktion vorliegt, die zweite Ziffer nennt die Zahl jener Bezirke, aus welchen innerhalb dieser Kreisorganisation der Bericht noch aussteht. Die dritte Ziffer nennt den bisher festgestellten Zuwachs an Mitgliedern in den einzelnen Kreisorganisationen.

Kreis	Aussig	1	Bezirk	(2)	379 Mitglieder
„	Bodenbach	3	„	(3)	503 „
„	Brünn	6	„	(—)	1243 „
„	Eger	—	„	(—)	— „
„	Grulich	—	„	(2)	— „
„	Karlsbad	—	„	(7)	— „
„	Krummau	3	„	(7)	147 „
„	Mähr.-Ostrau	—	„	(1)	— „
„	Mies	—	„	(10)	— „
„	Neutitschein	1	„	(—)	142 „
„	Prag	—	„	(—)	61 „
„	Preßburg	—	„	(1)	— „
„	Reichenberg	2	„	(2)	103 „
„	Sternberg	2	„	(1)	138 „
„	Teplitz	10	„	(2)	2095 „
„	Trautenau	1	„	(2)	200 „
„	Troppau	4	„	(1)	365 „
„	Warnsdorf	1	„	(2)	259 „
		34	Bezirke	(43)	5636 Mitglieder

Der verzeichnete vorläufige und nach dieser Statistik mutmaßliche Gesamterfolg unserer Werbeaktion erfüllt uns mit stolzer Genugtuung. In der Zeit der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, in diesen Zeiten allgemeiner politischer und ökonomischer Reaktion ist es der sozialdemokratischen Partei gelungen, mit einem Schlage viele tausende neuer Streiter zu werben. Diese Tatsache beweist neuerdings die unerschütterliche Werbekraft der sozialdemokratischen Partei. Zu Beginn unserer Werbeaktion hat die bürgerliche Presse, die deutsche wie die tschechische, es für gut befunden, Geringschätzigkeit und Ungläubigkeit gegenüber unserer Werbeaktion an den Tag zu legen. So hat beispielsweise die offiziöse „Ceskoslovenska Republika" sich bemüßigt gefühlt, unsere Werbeaktion ihrerseits mit einem Leitartikel einzubegleiten, der die sichere Erfolglosigkeit unseres Werbens im Vorhinein damit zu begründen versuchte, daß die deutsche Sozialdemokratie frevelhafter Weise nicht jene politische Haltung einnehme, wie sie der „Ceskoslovenska Republika" genehm wäre. Das treffliche Blatt und auch alle anderen, die dem Marxismus und der Sozialdemokratie jeden Tag eine neue Leichenfackel anzünden, werden wohl über den Umstand, daß unsere Partei nicht nur nicht stirbt, sondern daß sich ihr Tausende neuer Kämpfer anschließen, ein wenig verdutzt sein. Wir aber wollen weiter werben und dafür sorgen, daß sich den tausenden Kämpfern neue tausende zugesellen!

Der dumme Redakteur und der kluge Setzer.

Der „Vorwärts" in Reichenberg entschuldigt sich weiter jeden Tag bei seinen Lesern wegen des kommunistischen Sieges in Deutschland. Nehmt es uns ja nicht übel, fleht er, wenn die Arbeiter, auch die kommunistischen, von diesem Sieg und von den 62 Mandaten nichts, aber gar nichts haben werden . . . Ein saures Stück Arbeit für den „Vorwärts"-Redakteur, seinen Lesern folgendes begreiflich machen zu müssen: der Unterschied zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Wahlsiegen besteht eben darin, daß die Sozialdemokraten immer ihre Siege für die Arbeiterschaft auszunützen trachten, während „wir Kommunisten" da mit keiner Wimper zucken. „Uns kommt es in erster Linie auf ganz andere Siege an", 15 oder 62 Mandate — darauf legen wir gar keinen Wert. Wir sind so und so die gleichen — Nichtskönner. Bei uns Kommunisten werden die Arbeiter nicht einmal „mit parlamentarischem Kretinismus gefüttert. (Welch' herrliches, geistreiches Bild!) Wir Kommunisten „überschätzen" „parlamentarische Siege" nicht, meint der „Vorwärts"-Redakteur, die aufhorchenden kommunistischen Arbeiter so die neue Weisheit lehrend, daß ein Wahlsieg ein parlamentarischer Sieg ist. Der Setzer dieser „Vorwärts"-Notiz aber scheint trotz dieses hanebüchenen Blödsinns doch von der Richtigkeit der Gedanken seines Redakteurs überzeugt zu sein und darum tat er der sozialdemokratischen Presse noch aus eigenem einen besonderen Schimpf an, indem er folgenden Satz derselben Notiz auch mit zum Druck beförderte:

„Deshalb führt unsere sozialdemokratische Presse die kommunistischen Eiertänze auf . . ."

Wir verwahren uns mit aller Energie, die uns Vernichteten noch übrig geblieben ist, gegen den Vorwurf des Eiertanzes überhaupt. Aber daß wir gar kommunistische Eiertänze aufführen, ist eine Beleidigung, die nur mit Blut abzuwaschen ist. Wir lassen uns auf keinen Fall — wie würde doch hier der „Vorwärts" sagen? — mit fremden Eiertänzen füttern und dulden nicht, daß man uns anderer Leute Eier in die Schuhe schiebt. „Kommunistische Eiertänze" — der „Vorwärts" selber hat in allerdings unfreiwilligem Humor das Wort geprägt, das die Stellungnahme der Kommunisten zu ihrem deutschen Wahlsieg kennzeichnet. In der peinlichsten Verlegenheit, nicht zu wissen, was sie mit dem Sieg und dem Schock Mandate anfangen sollen, führen sie den komischesten (so soll's doch wohl heißen?) Eiertanz auf, den man sich vorstellen kann.

Arbeiterfeind Schollich.

Jüngst hat im Abgeordnetenhause der Bürgermeister von Neutitschein und „Volks"vertreter Dr. Schollich einen Antrag auf Abschaffung des Achtstundentages für einen Teil der Arbeiterschaft unterstützt. Dieses Verhalten Schollichs, der in der Neutitscheiner Stadtvertretung anläßlich der Voranschlagsdebatte sein „soziales" Empfinden rühmte und ob des Vorwurfes, ein Feind der Arbeiter zu sein, in heftige „Empörung" geriet, gab den Anlaß zu folgender Erklärung unserer Genossen im Neutitscheiner Stadtrat:

„In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. März 1924 brachten die Abgeordneten Windirsch und Genossen einen Antrag auf Aufhebung der Bestimmungen des Gesetzes über die achtstündige Arbeitszeit für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter und auf eine erhebliche Verschlechterung dieser Bestimmungen für Transportarbeiter

Der Fritz.

Von Hans Hyan.

Der Fritz war gerade hinausgegangen in den kleinen Vorgarten des Restaurants, um die Gaskuppellampe am Eingang anzuzünden. Nun benützte er den Anzünder, dessen lange Stange er niedrig hielt, um sich eine Zigarette anzustecken.

Vom nahen Kirchturm schlug es eben sieben. Um diese Zeit war die Kneipe, ein sogenanntes Stammlokal, das die Bürger der Nachbarschaft aufsuchten, fast leer. Der Kellner konnte sich also schon einen Augenblick ausruhen und ein paar Züge aus der geliebten Zigarette tun.

Es war ein Herbstabend und die Luft so feucht und neblig, daß der Kellner die Normaluhr drüben auf der Mittelallee der breiten Straße nicht erkennen konnte. Und das letzte Laub, das noch an den Zweigen der Bäume hing, glänzte noch vor Feuchtigkeit im gelben Schimmer der Straßenlaternen.

Jetzt kam mit stampfendem Klingelton die Elektrische unter der Eisenbrücke der Stadtbahn herangesaust; an der Kurve verlangsamte sich ihr Gang, und gerade vor dem Lokal von Schwengke, wo die Haltestelle war hielt der Wagen.

Nur ein Herr stieg aus. Er blieb auf dem Trottoir unschlüssig stehen, sah sich rechts und links um und ging, den Schirm aufspannend — denn es fing wieder an, in feinen Tropfen naß zu fallen — hinüber nach der Normaluhr. Nachdem er auch von hier nach allen Seiten gespäht hatte, betrat er wie mit kurzem Entschluß den Vorgarten des Restaurants.

Als der Herr, der einen Zylinder und Glacés trug und auch sonst schick gekleidet war, an ihm vorüberging, wars dem Fritz gewesen, als kenne er ihn. Indessen ließ er ihn ruhig in das Restaurant hineingehen. Er selbst tat erst noch ein paar lange Züge aus seiner Zigarre, die er dann, um sie für den Nachhauseweg in der Nacht aufzubewahren, in das kleine Blechetui legte. Nun ging auch er hinein: vom Büfett her schallte ihm schon der Ton der Bedienungsklingel entgegen.

Er eilte, im Vorbeigehen die Serviette vom Seitentischchen nehmend und sie mit gewohntem Schwung unter den Arm werfend, zu dem Gaste hin, der bereits abgelegt hatte und nun die Speisekarte und ein Glas Echtes verlangte.

„Münchener oder Pilsner, bitte?" sagte Fritz und zog die Speisekarte aus der Fracktasche.

„Münchener."

Der nonchalante, etwas gezogene Ton dieser Stimme kam dem Kellner bekannt vor; er sah den Gast, der das Gesicht über die Karte gesenkt hielt, schärfer an, ohne in dieser Stellung mehr als einen Teil seines Profils erhaschen zu können.

„Und was wählen der Herr?"

„Das wer' ich mir noch überlegen."

Den Fritz überfiel eine eigentümliche Erregung; den fast affektierten gleichgültigen Ton dieser Stimme, die etwas Abweisendes und verletzend Hochmütiges hatte, den kannte er! Er hätte ihn unter Tausenden heraus wieder erkannt und hatte ihn sicher schon einmal irgend wo gehört . . . Mehr als einmal sogar!

In diesem Augenblicke hob der Gast den Kopf . . . Als habe ihn ein Schlag getroffen, zog sich der Kellner mit einem halblauten „Bitte!" zurück und begab sich an das Büfett.

„Was denn?" fragte die Wirtin am Bierapparat, als Fritz vor dem Schanktisch stand und sie in tiefen Gedanken nur immer ansah, „was denn?"

„Münchener!" sagte der Kellner hastig und legte die Marke aufs Zahlbrett.

Wie er dann das Bier hintrug, eilten seine Augen voraus zu dem Gast, der eine Zeitung genommen hatte und darin las.

Ja, ja! . . . Jetzt, da er ihn so aus einiger Entfernung ganz deutlich sah, da stand es für den Kellner fest: das war der Kerl! . . . Der falsche Ausdruck der Augen unter dem korrekt durchgezogenä, hellblonden Scheitel und der blasierte Zug um den Mund, den der kleine blonde pomadisierte Schnurrbart noch affiger machte! . . Das stimmte alles! . . . Und besonders die Narbe am Kinn . . . die Narbe! . . . Was bloß einem Mädl an dem da gefallen konnte?! . . . Unter den Augen hatte er blaue Säcke und er sah jetzt auch älter aus als damals . . . aber natürlich, es war ja auch schon vier Jahre her.

Der Kellner stellte das Bier auf den Untersatz und wandte sich sofort wieder um. Seine jahrelange Schulung als dienender Mensch verbot ihm, den Zorn, die Wut sehen zu lassen, die ihm am Halse würgte und sein Gesicht rot werden ließ.

„Sie!" klang es hinter ihm drein. „Ich will doch etwas essen! . . . Hören Sie denn nicht?"

Der Kellner drehte sich um.

„Was befehlen Sie?"

Der Gast sah den Fritz an, wobei er heraufguckte, schien etwas bemerken zu wollen, schüttelte aber dann nur ganz leise den Kopf und bestellte.

„Ein Beefsteak mit Hindernissen, aber sehr englisch . . . und 'n bißchen plötzlich, wenn ich bitten darf!"

Der Fritz wollte etwas erwidern, aber er bekam das Wort nicht heraus. Nur seine Hand, die er leicht auf das weiße Tischtuch gestützt hatte, die bebte.

Und dann ging er und gab die Bestellung an die Wirtin weiter, die eben jetzt in die Küche zurückkehrte, während ihr Mann ihren Platz am Büfett einnahm.

Aber schon im Hinausgehen blieb die rundliche Frau, die ihren Haarknoten, in dem der Schildpattkamm wie ein Krönchen stak, so voll Würde trug — im Hinausgehen blieb sie noch stehen und flüsterte mit ihrem Mann. Der rief:

„Fritz! Komm' Se doch mal her!"

Und wie der Kellner, der sich eben am Zeitungsriegel zu schaffen machte, herantrat, sagte der Wirt mit einem jovialen Schütteln seines kugelrunden, kurgeschorenen Kopfes vertraulich:

„Müssen Se nich, Fritz . . . müssen Se nich! . . . Wissen doch schon, was ich meine!"

ein. Dieser Antrag trägt die Unterschrift von 21 Abgeordneten der oben erwähnten deutschbürgerlichen Parteien, darunter auch diejenige des Abgeordneten Dr. Schollich, welcher es einige Tage später trotzdem wagte, sein soziales Empfinden und seine Arbeiterfreundlichkeit zu betonen.

Der Antrag wurde im Initiativausschusse des Abgeordnetenhauses vom Referenten, dem tschechischen Sozialdemokraten Jaša, als eine Provokation der gesamten Arbeiterschaft bezeichnet. Der Referent fügte bei, daß die Arbeiterschaft jeden Angriff auf die achtstündige Arbeitszeit, als die bedeutendste Errungenschaft des Umsturzes, heute, wie immer mit aller Entschiedenheit zurückweist und entschlossen ist, diesen, wie auch jeden anderen gleichgerichteten Versuch mit aller Energie abzuwehren. Dem Verlangen des Referenten, diesen arbeiterfeindlichen Antrag abzulehnen, wurde vom Initiativausschusse mit großer Mehrheit entsprochen, so daß der Antrag im Plenum des Abgeordnetenhauses gar nicht mehr in Verhandlung kam.

Nichtsdestoweniger haben die Antragsteller, somit auch Abgeordneter Dr. Schollich, ihre wahre Gesinnung gegenüber der Arbeiterschaft deutlich zum Ausdruck gebracht. Diese wird jetzt klar erkennen, was sie von den arbeiterfreundlichen Phrasen der deutschnationalen Abgeordneten, insbesonders auch des Abgeordneten Dr. Schollich, zu halten hat. Er bekannte sich im Parlamente als Verbündeter der Großagrarier, welchen die Errungenschaft des Achtstundentages stets ein Dorn im Auge war, weil er der Ausbeutung der am schwersten bedrückten Arbeiterschichte, der landwirtschaftlichen Arbeiter, einen Riegel vorschob.

Dr. Schollich ist nicht nur Abgeordneter, sondern auch Bürgermeister einer Stadt, deren Bevölkerung zum größten, vielleicht überwiegenden Teile der Arbeiterschaft angehört. Er hat sich trotzdem nicht gescheut, seiner Unterschrift unter einen Antrag zu setzen, welcher an die Wurzeln des geistigen und leiblichen Fortschrittes der Arbeiterschaft rührt. Der Achtstundentag ist die Grundbedingung der kulturellen Entwickelung der Arbeiterklasse und derjenige, welcher den Achtstundentag antastet, ist mithin als Schädiger der Arbeiterschaft anzusehen. Jeder Arbeiter weiß aus eigener Erfahrung, daß es an Versuchen, den Achtstundentag zu durchbrechen, nicht fehlt. Wenn nun schon das bestehende Gesetz, welches ohnehin keinen genügenden Schutz mehr bietet, noch derartigen Anfechtungen ausgesetzt wird, wie dies von Seite des derzeitigen Neutitscheiner Bürgermeisters geschehen ist, so erfordert ein derartiges Vorgehen die schärfste Abwehr und Verurteilung.

Im Namen der von uns vertretenen Bevölkerung protestieren wir mit allem Nachdrucke gegen den von Herrn Abgeordneten Dr. Schollich eingebrachten Antrag und geben unserer Mißbilligung über diese seine Handlungsweise dadurch Ausdruck, daß wir die Sitzung verlassen."

Diesem Proteste schlossen sich die tschechischen sozialdemokratischen Gemeindevertreter an, welche ebenfalls die Stadtvertretungssitzung verließen. Nur die deutschen Nationalparteiler, ihr nationalsozialistischer Anhang und die Christlichsozialen blieben zurück. So hat sich auch in der Neutitscheiner Stadtvertretung gezeigt, daß einzig und allein die deutschen Sozialdemokraten für die Interessen der deutschen Arbeiter wahrhaft und immer eintreten.

Eine landbündlerische Musterleistung.

Wer die „Geistes"verfassung der Herren Landbündler genauer kennen lernen will, muß ihre Presse lesen. In geradezu erschreckendem Maße tritt hier krasse Unwissenheit über die große sozialistische Kulturbewegung, gepaart mit niedrigstem Hasse gegen die Arbeiterschaft, zutage. Ein Musterbeispiel hiefür bietet „Das Saazer Land", Beilage des „Saazer Anzeiger". Unter dem Titel „Die Maifeier des Landwirtes" ist in der Ausgabe vom 2. Mai ein Artikel abgedruckt, der von Dummheit und Gemeinheit gleichermaßen strotzt. Der Tenor des von „Evander" gezeichneten Schmähartikels geht dahin, daß sich der Bauer am 1. Mai schwer plagen mußte, während die Genossen faulenzten und sich von Leuten, die von den Arbeiterkreuzern leben, alten Kohl vorsetzen ließen. Höhnisch wird vom Achtstundentag gesprochen, nicht weniger hohnvoll von den „zumeist reichen" Führern der Sozialdemokraten, die „nur ihrer Eitelkeit fröhnen und Gelegenheit zu neuem Gelderwerb finden." Und der landbündlerischen Weisheit letzter Schluß lautet: „Arbeit und immer wieder Arbeit" kann den Bauern helfen.

Abgesehen von diesem albernen Geschwätz wird in dem Artikel auch behauptet, daß die ganze Arbeiterbewegung sich in erster Linie gegen den — Bauernstand richte. Der Grund liege in der sozialdemokratischen Theorie: die Marxisten bekämpfen das Privateigentum und streben die „Industrialisierung der Volkswirtschaftet" an. Der Bauer sei für sie auch ein Kapitalist, selbst wenn seine „Klitsche" nicht 50.000 Kronen wert sei. So schauen die ††† Sozi nach der Meinung des gescheiten „Evander" aus. Der gute Mann hat natürlich keine blasse Ahnung, welch blühenden Unsinn er zusammenfabelt, er hat wohl noch nie eine sozialistische Broschüre oder ein Buch gelesen, das sich mit dem Verhältnis der Sozialdemokratie zur Landwirtschaft beschäftigt. Er plappert einfach die sinnlosen Lügen über unsere Partei nach, die er irgendwo von einem ebenso unwissenden oder böswilligen „Antimarxisten" gehört hat.

Wie stehen denn die Dinge in Wirklichkeit? Wer die Stellung der sozialistischen Parteien zur Agrarfrage beurteilen will, möge ihre Agrarprogramme zur Hand nehmen. Die deutsche sozialdemokratische Partei in der Tschechoslowakischen Republik hat sich ihre diesbezüglichen Richtlinien auf dem Tetschener Parteitage im Dezember 1922 gegeben. In einem angenommenen Resolutionsantrage heißt es, daß die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei eine brüderliche Arbeits- und Lebensgemeinschaft des werktätigen Volkes in Stadt und Land anstrebt. Die Steigerung und Modernisierung der landwirtschaftlichen Produktion wird als eine der Voraussetzungen für den sozialen und kulturellen Fortschritt der Landbevölkerung erklärt. Neben der Forderung, den Großgrundbesitz zu sozialisieren, wird die Organisation der bäuerlichen Wirtschaften nach bestimmten Grundsätzen verlangt, und eine Reihe weiterer sozialpolitischer und kultureller Forderungen aufgestellt — Dinge, die sich in keinem agrarischen Programm vorfinden. Also keine Spur einer Todfeinschaft gegen die arbeitenden Bauern! Um das immer noch am Lande herumspukende Wort vom Teilen durch die Roten abzutun, sei betont, daß kein Sozialist an die Enteignung des Bauern, Häuslers und Gewerbetreibenden denkt. Schon 1902 schrieb Karl Kautsky in seiner Broschüre „Am Tage nach der sozialen Revolution", der Bauer habe von einem sozialistischen Regime nichts zu fürchten, er könne so weiter wirtschaften, wie bisher. Es sei sehr wahrscheinlich, daß diese bäuerlichen Wirtschaften durch das neue Regime eine Stärkung erfahren werden. Er bringt ihnen Aufhebung des Militarismus, Steuerentlastung, Selbstverwaltung, Verstaatlichung der Schul- und Wegelasten, Aufhebung der Armenlasten, vielleicht auch Herabsetzung der Hypothekarlasten und manchen anderen Vorteil.

In dem 1920 in Wien erschienenen Werke Dr. Dannebergs „Das sozialdemokratische Programm" (17. Auflage) heißt es auf Seite 188 u. a.: „Den kleinen Besitzern, den Handwerkern und Bauern wird man (bei der Sozialisierung) ihr Eigentum nicht nehmen." In seiner Broschüre „Der Weg zum Sozialismus" setzt Dr. Otto Bauer auseinander, daß es zweierlei Eigentum an Arbeitsmitteln gibt, das Arbeitseigentum des arbeitenden Bauern und das Ausbeutungseigentum des Großgrundbesitzers, der nur aus der Arbeit anderer Gewinn zieht. Dr. Bauer schreibt wörtlich: „Der Sozialismus will das Ausbeutungssystem überwinden, nicht das Arbeitseigentum. Der Grund und Boden des Adels, der Kirche und der Kapitalisten soll vergesellschaftet werden; der Grund und Boden soll sein Privateigentum bleiben." Ganz ähnlich betont das von Karl Kautsky und Bruno Schönlank verfaßte Werk „Grundsätze und Forderungen der Sozialdmokratie, Erläuterungen zum Erfurter Programm", erschienen 1907 in vierter Auflage: „Von einer Konfiskation der kleinen Bauerngüter und der Handwerksstellen phantasieren nur unsere Gegner". Damit ist in aller Klarheit dargetan, daß die Sozialdemokratie lediglich die landwirtschaftlichen Großbetriebe sozialisieren will, nicht aber die Kleinbetriebe. Wohl aber sollen diese möglichst rationalisiert werden. In dieser Beziehung stehen die Sozialdemokraten auf dem durch Erfahrung begründeten Standpunkt, daß der Kleinbetrieb besonders mit Hilfe der genossenschaftlichen Organisation die Konkurrenz mit dem Großgrundbesitz in vielfacher Hinsicht aufnehmen kann.

Neben diesen theoretischen Erwägungen gibt es praktische Beispiele für die Unterstützung der Landwirtschaft durch die Sozialdemokratie in Mengen. Im österreichischen Parlament haben z. B. die Abgeordneten Dr. Renner und Genossen im Jahre 1907 eine ganze Reihe weitgehender Anträge zugunsten der Hebung der Landwirtschaft gestellt. Sie verlangten die Durchführung der Kommassation, die Regulierung und Ablösung der Servitute, die Gründung von Verwertungsgenossenschaften und die Herabsetzung einer Reihe drückender Steuern. Mit 165 gegen 202 Stimmen wurden damals die Anträge von den falschen Bauernfreunden niedergestimmt. Im Jahre 1911 stellten die Abg. Tuppy und Genossen neuerlich eine Anzahl Anträge zugunsten der Landwirte. So wegen der Regelung des Gemeindegutes, Ablösung der Zinsgründe, wegen der Viehzuchtförderung, wegen der Meliorationen usw. Zwei Anträge wurden angenommen, die anderen abgelehnt. Im April 1910 stellten die sozialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Parlament den Antrag, daß die Kleinhäusler mit nicht mehr als 300 Kronen Katastralreinertrag keine Grundsteuer mehr zu zahlen haben. Dieser Antrag wurde gleichfalls von den patentierten „Rettern" des Bauernstandes niedergestimmt.

Erinnert sei daran, daß die reichsdeutsche Bodenreform im Sinne der Neusiedlung von einer sozialdemokratischen Regierung geschaffen wurde, wie denn überhaupt jede Bodenreform ernstlich lediglich von den Sozialdemokraten vertreten wird. Von der Tätigkeit unserer Abgeordneten im tschechoslowakischen Parlament wollen wir nicht sprechen, sie hält jeder Nachprüfung über die angebliche „Bauernfeindschaft" der Roten stand. Niemals ist es den Sozialdemokraten eingefallen, den Bauern mit dem Großkapital in einen Topf zu werfen, wie uns der famose Verfasser des Artikels in dem „Saazer Land" fälschlich unterschiebt. Ebenso selbstverständlich ist es für uns, daß wir der Ausbeutung durch Agrarkapitalisten und Industriemagnaten Einhalt gebieten müssen. Wer ist denn der Rufer nach Verlängerung der Arbeitszeit in erster Linie? Doch das Großkapital! Die ganze arbeiterfeindliche Politik der Landbündler dient vor allem den Großagrariern; diese sind es ja, welche die vielen landwirtschaftlichen Arbeiter aufweisen, deren Teilnahme an der Maifeier den weisen „Evander" so sehr verdrießt. Es wäre sehr schlimm gestellt, wenn das Schicksal der Landwirtschaft ausgerechnet von der Arbeitsleistung am 1. Mai abhinge. Da dies natürlich nicht der Fall ist, merkt man nur allzu deutlich den bodenlosen Haß der Landbündler gegen jeden sozialen Fortschritt!

Die Pressenovelle. Die Preßgesetznovelle war Gegenstand der Beratungen der tschechischen Staatswissenschaftlichen Gesellschaft in Prag. Die Sitzung wurde vom Professor Senator Fr. Mareš eröffnet, der auf die zahlreichen Mängel des Entwurfes hinwies. Nach einer ausführlichen Kritik an den Bestimmungen gab Mareš auch seiner Ansicht über die Stilisierung der Preßgesetznovelle wie der tschechischen Gesetze überhaupt Ausdruck. Er erklärte, lieber Kant und Tacitus lesen zu wollen, da eine solche Lektüre weniger kompliziert sei. Gesetze sollten überhaupt so verfaßt werden, daß sie jeder verstehen könne und nicht durch sie in Verwirrung gerate. Mareš trat schließlich für eine Rückverweisung der Novelle an das Abgeordnetenhaus ein. — „Pravo Lidu" wendet sich gegen die Ansicht, als ob sich der Koalitionsausschuß des Senats noch nicht über die Preßgesetznovelle geeinigt hätte. In Gegenwart der Minister habe gestern der Senatsausschuß der Koalition über den Entwurf verhandelt. Die Beratungen seien noch nicht abgeschlossen; es sei selbstverständlich, daß die Regierung die Grundsätze ihres Entwurfes verteidige.

Das Ministerium für soziale Fürsorge und die Forstarbeiter. Bekanntlich schließt, so schreibt der „Land- und Forstarbeiter", das jetzt geltende Arbeitslosenunterstützungsgesetz die Saisonarbeiter vom Bezuge der staatlichen Arbeitslosenunterstützung aus. Auffällig an der Sache ist die Auslegung des Begriffes Saisonarbeiter durch das Ministerium für soziale Fürsorge. Alle Ansuchen um Gewährung der Arbeitslosenunterstützung an die Forstarbeiter werden immer mit der Begründung abgelehnt, daß mit Rücksicht auf die Erschöpfung der finanziellen Mittel und weil es sich um Saisonarbeiter, welche im Sinne des Gesetzes, § 2, Absatz 8, keinen Anspruch auf Unterstützung haben, handelt. Das Ministerium greift zu dieser gewagten Interpretation, obwohl es selbst sehr gut weiß, daß sie einer rein juristischen Auslegung direkt widerspricht. Die Forstarbeiter sind im Sinne des Gesetzes keine Saisonarbeiter. Sie sind ständige Arbeiter, hunderte unter ihnen sind 40 und 50 Jahre bereits ohne Unterbrechung bei ein und derselben Verwaltung als Arbeiter tätig. Sie sind auch, wenn Arbeit vorhanden ist, Sommer und Winter in ihrem Berufe tätig. Die Gesetzgebung hat sie in den letzten Jahren auch als pensionsberechtigte Arbeiter angesehen und ihnen gewisse gesetzliche Rechte auf den Bezug von Altersrenten eingeräumt. Sie in die Saisonarbeiter einzureihen, ist ungerecht und auch vom rein juristischen Standpunkte aus beurteilt, unrichtig. Das alles weiß selbstverständlich auch das Ministerium. Aber trotzdem wird den Arbeitern ihr Recht verweigert.

Letzte Nachrichten.

MacDonald—Poincaré.

Paris, 9. Mai. Wie soeben von verläßlicher englischer Quelle mitgeteilt wird, hat Macdonald Poincaré eingeladen, am 20. Mai nach Chequers zu kommen, um dort einen Abend und die Nacht zu verbringen. Es handelt sich um einen Besuch ohne jedwede Förmlichkeit und ohne streng offiziellen Charakter. Ministerpräsident Poincaré habe die Einladung angenommen.

Allgemeiner Kohlenarbeiterausstand in Ungarn.

Budapest, 9. Mai. (MTJ.) Die Arbeiter der in Pecs (Fünfkirchen) und Umgebung befindlichen Kohlenbergwerke der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft haben gestern mittags die Arbeit niedergelegt. — Die Zahl der streikenden Kohlenarbeiter beläuft sich auf 20.000. In der Kohlenversorgung drohen vorläufig keine Schwierigkeiten, da nach offiziöser Meldung sowohl die Bergwerke als auch die Staatsbahn über genügend Vorräte verfügen. — Eine andere Meldung besagt:

Wegen Lohndifferenzen sind außer den Kohlenarbeitern in Pecs auch die Kohlenarbeiter in Salgotarjan und Tata in den Ausstand getreten.

•

Budapest, 9. Mai. (Eigenbericht.) Den unmittelbaren Anlaß zum Ausbruch des allgemeinen Bergarbeiterstreikes in Ungarn hat der Umstand gegeben, daß trotz des günstigen Verlaufes der Verhandlungen am Mittwoch im Bergrevier von Totis ein großes Gendarmerieaufgebot erschienen ist, um den Arbeitern die Macht der Unternehmer zu demonstrieren. Die Vertrauensmänner ersahen daraus, daß man ihre Bewegung mit Gewalt unterdrücken will, worauf die Belegschaft der Gruben Mittwoch abends nicht mehr einfuhr. Donnerstag früh traten in Totis auch die Arbeiter der Nebenbetriebe in den Streik und heute früh schlossen sich auch die Arbeiter von Salgotarjan, Fünfkirchen, Gorsot und Tokod an, so daß die Zahl der Streikenden 20.000 übersteigt. Es wird nur in einigen kleinen Betrieben gearbeitet. Die Hauptschwierigkeit bei den Verhandlungen bildet die Forderung der Unternehmer, daß die Arbeitszeit von acht auf neun Stunden erhöht werde, was die Arbeiter ablehnen. In der Lohnfrage gelang es, eine kleine Annäherung zu erzielen, die allerdings nicht so bedeutend ist wie die amtlichen Nachrichten besagen. Die Arbeiterschaft ist zuversichtlich, da sie über einen ziemlich bedeutenden Streikfond verfügt.

Die Beamtenbesoldungsreform in Oesterreich.

Wien, 9. Mai. In Regierungskreisen nimmt man an, daß die Verhandlungen des 25er-Ausschusses der Staatsangestelltenorganisationen mit den Regierungsvertretern über die Reform der Beamtenbesoldung in der kommenden Woche abgeschlossen werden können. Die materielle Auswirkung der Besoldungsreform wird insbesondere für die mittleren und oberen Beamtenkategorien eine sehr wesentliche sein. Der Aufwand für die Besoldungsreform wird mit 1.5 Billionen Kö. beziffert. Die letzten Beratungen der Regierung mit dem Generalkommissär Dr. Zimmermann ergaben eine Uebereinstimmung der Auffassung in der Angelegenheit der Besoldungsreform. Auf die Forderung des Generalkommissärs, den Beamtenabbau fortzusetzen, will die Regierung aber nicht eingehen.

Da die Forderungen der Mittelschullehrer im allgemeinen erfüllt worden sind, ist der passive Widerstand derselben mit dem heutigen Tage eingestellt worden. Ebenso ist auch der passive Widerstand in den Fondskrankenanstalten erloschen, da die Angestellten einmalige Notstandszulagen erhielten, und zwar Verheiratete 500.000 Kö. ledige 250.000 Kö.

Bulgarische Wahlen.

Sofia, 9. Mai. Die Regierungsgruppe „Demokratische Eintracht" erhielt auf Grund der endgültigen Statistik über die vor kurzem vorgenommenen Kreisratswahlen 390.000 Stimmen oder 49 Prozent. Auf die Kandidaten der vereinigten Agrarier und Kommunisten entfielen 194.000 Stimmen oder 24 Prozent. An Mandaten fielen der „Demokratischen Eintracht" 352, den Agrariern und Kommunisten 150, den Liberalen 19, den Sozialdemokraten 16 zu.

Er machte, mitgebogenem Arm die Faust hebend, die Gebärde des Trinkens. „. . . nachher, wenn Se 'raus sind, denn könn' Se ja machen, wat Se wollen . . . aber in Dienst nich! . . . in Dienst nich!"

„Ich hab' nich jetrunk'n," sagte der Fritz kurz und ging wieder zu den Zeitungen.

„Hö!" machte der Wirt hinter ihm drein. Aber der Dicke gehörte zu den Leuten, die unangenehmen Auseinandersetzungen gern aus dem Wege gehen.

In den Augen des Kellners, der fortwährend auf die in den Haltern hängenden Zeitungen stierte, standen Tränen der Ohnmacht. Er überhörte absichtlich, daß der Gast ihn zweimal rief.

„Na, Kellner, sind sie denn taub? . . . Was!?"

Der Fritz wollte zum Wirte gehen . . . Er wollte . . . Aber der längst zur Gewohnheit gewordene Zwang, jedem Menschen zu gehorchen, der Geld in der Tasche hatte, ließ ihn sich doch umdrehen und den Gast nach seinen Wünschen fragen.

„Was haben Sie denn, Kellner?" sagte der. „Was starren Sie mich denn so an?"

Der Fritz senkte schwer atmend den Kopf, aber er sagte nichts.

Mit einem unangenehmen Lächeln, das seine weitstehenden Zähne sehen ließ, meinte der Gast.

„Lassen Se das gefälligst! . . . Und bringen Se mir'n Allasch!"

Am Büfett machte der Wirt dem Fritz wieder Vorhaltungen, doch der Kellner blieb stumm und servierte dem Gast den Likör. Dabei zitterte seine sonst so sichere Hand so stark, daß das Spitzgläschen umkippte, vom Teller fiel und seinen Inhalt dem Gaste über die Kleidung goß.

„Tölpel!" schimpfte der. „Könn' Se nicht besser aufpassen, Sie . . ." Er wollte wohl noch ein Schimpfwort hinzusetzen. Aber da hatte er schon einen so fürchterlichen Faustschlag ins Gesicht, daß er zurückflog. Und dann warf sich der Kellner mit heiserem Geschrei, unzusammenhängende Worte und Schimpfreden herausbrüllend über ihn her und bearbeitete den zu Boden Gerissenen, der sich nur schwach wehrte, mit Fäusten und Füßen.

Der Wirt sprang vor. Zwei Gäste, die eben eintraten halfen ihm, den Rasenden von seinem Opfer fortzureißen und festzuhalten . . . Aber merkwürdig, kaum war der so arg Mißhandelte, dessen Kragen und Oberhemd voller Blutflecken war, wieder auf den Füßen, so nahm er seine Sachen, murmelte etwas in sich hinein und beeilte sich, das Lokal zu verlassen. Als er an der Tür der herbeigeeilten Wirtin die Zeche bezahlte, blickte er immer wieder ängstlich nach dem Kellner zurück, den die drei anderen kaum zu halten vermochten.

Als er fort war und sie den Kellner endlich losließen ballte der Fritz, noch immer rasend, die Faust hinter dem Gaste her:

„Durch den is meine Schwester vor die Hunde gegangen!" . . .

Jahrg. 1 * Nr. 7
Am 10. Mai 1924

Die proletarische Frau

Erscheint an jedem zweiten Samstag

Hoffen und Bangen.

Etwas wünschen und verlangen,
etwas hoffen muß das Herz,
etwas zu verlieren bangen
und um etwas fühlen Schmerz.

Deine Lust und deine Wonne
mußt du an was immer sehn,
soll vergeblich Mond und Sonne
nicht an dir vorübergehn.

Gleich von unbegrenztem Sehnen,
wie entfernt von träger Ruh',
müsse sich mein Leben dehnen
wie ein Strom dem Meere zu.

Friedrich Rückert.

Festhalten.

Nun haben wir schwere Arbeitstage hinter uns, Tage ernster Arbeit, die wir gemeinsam mit den Genossen geleistet haben, — und auch einen Festtag, an dem wenigstens teilweise das Ergebnis unserer Mühen sichtbar wurde. Wir schauen zurück auf unsere Werbewoche und auf den ersten Mai. Wir haben viele hundert Frauen für unsere Organisation gewonnen und nicht wenige dieser neugeworbenen Genossinnen sind bereits in unseren Festzügen am ersten Mai mitmarschiert. Mit dieser Teilnahme an unserer Maifeier haben diese Frauen bewiesen, daß sie wirklich Genossinnen geworden sind, — Mitkämpferinnen.

Aber wir können uns nicht damit begnügen, Arbeiterfrauen und -Mädchen zu Organisationsangehörigen gemacht zu haben. Wir dürfen uns nicht damit begnügen, nun um viele hundert Frauen mehr unseren Organisationen zuzählen zu können, die Parteibeiträge bezahlen. Wir müssen nun unsere Anstrengungen darauf einsetzen, die neugewonnenen Mitglieder zu wirklichen Sozialistinnen zu machen, zu schulen, zu erziehen, sie auch für die Arbeit in der Organisation zu gewinnen. Nur dann werden wir sie dauernd festhalten können. Und darauf kommt es doch an: Die Frauen unserer Klasse dauernd für unsere Bewegung zu gewinnen.

Unsere Funktionärinnen, alle die Frauen, die in unseren Organisationen arbeiten, Organisationsämter innehaben, bekommen damit eine wichtige Aufgabe zugeteilt. Für diese Aufgabe müssen sie sich schulen; sie müssen nicht nur selber am Parteileben eifrig teilnehmen, sondern sie müssen auch sehr aufmerksam die Zeitung lesen, nicht bloß die „Sozialdemokratin", sondern auch die Tagespresse der Partei. Sie müssen fähig sein, Beraterinnen, Führerinnen, helfende Freundinnen der Arbeiterfrauen zu werden. Denn ungemein viel kommt darauf an, daß die Neugeworbenen sich heimisch fühlen in der Organisation.

Die Organisation selber muß natürlich auch dafür sorgen, daß die Frauen gerne ihre Veranstaltungen aufsuchen. Nicht nur über Gemeindeangelegenheiten reden in der Parteiversammlung! Auch belehrende, bildende Vorträge halten, Vorträge, die einführen in das Verständnis des Sozialismus! Gelegentlich auch Vorträge, die besonders dem Wesen der Frauen angepaßt sind, besonders an ihren Interessenkreis anknüpfen. Und nicht nur politische Reden. Auch kleine festliche Veranstaltungen, Kunstabende, Vorlesungen, Familienabende. Sorgt auch für Befriedigung der Ansprüche des Gemütes der Frauen!

Und ihr alle, Genossinnen, die ihr die Befreiung der Frau wollt, ihren Aufstieg zum Menschentum: ihr alle müßt nun mithelfen! Nicht nur in der Versammlung, bei den Parteizusammenkünften euch als Sozialistinnen fühlen, sondern immer, immer! Es sein auch in der Familie, überall, — wo ihr mit anderen Frauen in Berührung kommt! Verteidigerin der Partei, Werberinnen für sie, für den Sozialismus, Aufklärerinnen, Erweckerinnen der Frauen sein, — immer, überall! Dann werden wir, was wir in harter Werbearbeit gewonnen haben, dauernd zu halten wissen!

Aus der Enge in die Weite.

Das ist eines der großen Hemmnisse der Gewinnung der Arbeiterfrauen für den Sozialismus: Daß sie, obwohl durch die kapitalistische Produktion längst hineingerissen in den Strom des öffentlichen Lebens, geistig doch noch so oft in der kümmerlichen Enge ihres Haushaltes leben. Jahrhunderte alte Tradition ist noch immer wirksam. Ist wirksam nicht nur im Denken und Fühlen der Frauen, sondern auch der Männer, auch der Genossen. Noch immer nimmt man es so oft als selbstverständlich an, daß die Frauen sich um das öffentliche Leben nicht zu kümmern brauchen, daß sie davon ja auch nicht viel verstehen, daß sie sich zu beschränken haben auf den „ihnen von der Natur zugewiesenen" häuslichen Wirkungskreis. So wollen es die Männer. So haben es die Mütter ihren heranwachsenden Töchtern gelehrt. So ist es die Meinung vieler, vieler Frauen. Und so bleibt ihr Gesichtsfeld ein eng begrenztes. Sie sind „Hausfrauen" — obwohl sie kein Haus haben, kaum ein Heim.

„Beschränkung auf die häuslichen Angelegenheiten", — das muß die Frauen kleinlich machen. Frauen, die sich um nichts Großes kümmern, denen die Politik fremd und gleichgültig ist, werden sich nur für das ihnen wichtig Erscheinende interessieren. Was aber ist das? Küche, Kleider, die Nachbarin. Und die Auswirkung dieses Interesses? Jenes „Plaudern", das mit einem wenig galanten Worte als „Tratschen" bezeichnet wird. Diese Frauen bleiben in der Enge, sie werden nie den Blick in die Höhe heben, wenn es nicht gelingt, an ihre kleinen Alltagsinteressen anzuknüpfen, um sie allmählich von ihnen weg zu den Allgemeininteressen zu führen.

Die Küche der proletarischen Frau! Was ist sie doch für eine Küche! Wie eng, wie arm, wie klein! So wird sie bleiben, so lang die proletarische Frau — Proletarierin bleibt. Die Frau aus ihrem Elend herausführen aber kann nur die Sozialdemokratie. Erst wenn die Frauen sich von dem Denken nur an die Küche losreißen, sich an den Kämpfen ihrer Klasse beteiligen, wenn sie mitarbeiten an der Befreiung der ganzen Klasse, erst dann können sie die Armseligkeit ihres Lebens überwinden.

Die Kleidung! Ach, weil sie selber so selten sich hübsch kleiden können, weil sie so wenig auf ihre eigene Kleidung bedacht sein können, reden so viele Arbeiterfrauen so gerne von der Kleidung anderer, begüterterer und darum glücklicherer Frauen. Welch armselige, körperliche Befriedigung des Schönheitsfiebers! Wollen sich die Frauen denn dauernd damit begnügen? Nur wenn die arbeitenden Frauen sich zum Kampfe aufraffen, wenn sie mithelfen, den Kapitalismus zu überwinden, können sie eine Zeit herbeiführen, die es allen Frauen ermöglicht, von schönen Kleidern nicht bloß zu reden, sondern sich und ihre Kinder schön zu kleiden.

Und so ists mit all den kleinen Interessen. Das Schicksal der Kinder, — es ist verbunden mit dem Aufstieg der Arbeiterklasse, mit der Beseitigung des Kapitalismus. Bleiben die Frauen gedanklich in der Enge, dann bleiben sie es auch tatsächlich. Geistige Ueberwindung dieser Enge — der Weg in die Welt, in die Weite ist notwendig, um das Leben der Arbeiterfrauen zu erweitern, zu bereichern, es groß und schön zu machen. Also nicht „Plaudern" (Tratschen) mit der Nachbarin, — sich mit ihr verbinden, mit allen proletarischen Frauen! Bahnt euch aus der Enge eures Denkens und Fühlens den Weg in die Weite, — ihr erweitert euer Heim, euer Leben!

Gegenseitige Hilfe.

Von Peter Krapotkin.

Natürlich leugne ich den Kampf ums Dasein nicht, aber ich behaupte, daß die fortschreitende Entwicklung des Tierreichs und insbesondere der Menschheit weit mehr durch gegenseitige Unterstützung als durch gegenseitigen Kampf gefördert wird . . . Alle Lebewesen haben zwei wesentliche Bedürfnisse: das der Ernährung und das der Fortpflanzung der Art. Das erste bringt sie zu Kampf und zu gegenseitiger Vertilgung, während das Bedürfnis, die Art zu erhalten, sie zu gegenseitiger Annäherung und Unterstützung bringt. Aber ich neige zu der Anschauung, daß in der Entwicklung der organischen Welt, in der fortschreitenden Veränderung der Lebewesen, die gegenseitige Hilfe unter ihnen eine viel wichtigere Rolle spielt, als ihr gegenseitiger Kampf.

Glücklicherweise ist Konkurrenz weder im Tierreich noch in der Menschheit die Regel; sie beschränkt sich unter Tieren auf Ausnahmezeiten. Bessere Zustände werden geschaffen durch die Ueberwindung der Konkurrenz durch gegenseitige Hilfe. In dem großen Kampf ums Dasein sucht die natürliche Auslese fortwährend ausdrücklich die Wege aus, auf denen sich die Konkurrenz möglichst vermeiden läßt. Die Ameisen vereinigen sich in Haufen, in Völkern, sie stapeln ihre Vorräte auf, sie halten sich ihr Vieh und vermeiden so die Konkurrenz; und die natürliche Auslese wählt aus der Familie der Ameisen die Arten aus, die es am besten verstehen, die Konkurrenz mit ihren unabwendbaren, verderblichen Folgen zu vermeiden. Die meisten unter unseren Vögeln wenden sich langsam nach Süden, wenn der Winter kommt, oder versammeln sich in zahllosen Gesellschaften und unternehmen lange Reisen — und vermeiden so die Konkurrenz. Viele Nagetiere fallen in Schlaf, wenn die Zeit kommt, wo die Konkurrenz eintreten würde; und wieder andere Nagetiere stapeln Nahrung für den Winter auf, und sie versammeln sich in großen Kolonien, um den nötigen Schutz zu haben, während sie an der Arbeit sind. Die Renntiere wandern, wenn die Flechten im Innern des Landes vertrocknet sind, gegen die See. Büffel durchqueren ungeheure Landflächen, um reichlichere Nahrung zu finden. Und wenn die Biber an einem Fluß zahlreich werden, teilen sie sich in zwei Parteien und gehen die Alten flußabwärts, die Jungen flußaufwärts — und vermeiden die Konkurrenz. Und wenn Tiere weder im Schlaf verfallen noch auswandern, noch Vorräte sammeln, noch selbst die Nahrung züchten können, wie die Ameisen, dann tun sie, was die Meise tut, sie gehen zu einer neuen Art Nahrung über und vermeiden so ebenfalls die Konkurrenz.

Streitet nicht! Streit und Konkurrenz ist der Art immer schädlich, und ihr habt reichlich die Mittel, sie zu vermeiden! Das ist der Sinn der Natur, der nicht immer völlig verwirklicht wird, aber immer wirksam ist. Das ist die Parole, die aus dem Busch, dem Wald, dem Fluß, dem Ozean zu uns kommt.

Daher vereinigt euch, übt gegenseitige Hilfe! Das ist das beste sicherste Mittel, um all und jedem die größte Sicherheit, das beste Unterpfand des Lebens und des Fortschrittes zu geben, körperlich, geistig und sittlich.

Das ist es, was die Natur uns lehrt, und das ist es, was alle die Tiere, die die höchsten Stufen in ihren Klassen erreicht haben, getan haben. Das ist es auch, was der Mensch in allen Stufen seiner Entwicklung getan hat; und darum hat die Menschheit die Stufe erreicht, auf der wir jetzt stehen.

Ein Friedensmärchen.

Von Jean Jaurès.

Es war einmal ein verzauberter Wald, wild, entblättert, dornenbewehrt. Im rauhen Winterwinde, der ohne Aufhören zwischen sie fuhr, rieben die Bäume sich gegenseitig heftig, es klang wie brechende Schwerter. Eisigen Nächten folgten bleiche Tage, die sich von den Nächten kaum unterschieden. Endlich spürten Menschen und Dinge wieder das erste bittende Drängen des Frühlings. Die Bäume bekamen aber Furcht vor dem Safte der sich in ihnen regte. Und zu jedem sagte der Geist der Einsamkeit und Herbheit, der unter ihrer harten Rinde wohnte, ganz leise, mit einem dunklen Beben, das aus tiefen Wurzeln stieg: Nimm dich in acht! Wenn du als erster den Versuchungen der neuen Zeit erliegst, wenn du als erster deine lanzenspitzen Knospen zu Blättern und Blüten entwickelst, dann wird der zarte Schmuck gar bald verwüstet werden von dem rohen Reiben der anderen Bäume, die langsamer im Aufblühen sind.

Und zur riesengroßen, uralten Eiche sagte der in ihr eingeschlossene Geist, ein Geist der Schwermut und des Stolzes, mit besonderer Hartnäckigkeit: Sollst du überhaupt an dem allgemeinen Feste des Lebens teilnehmen, du mit deinem vom Gewitter zerbrochenen, edlen Gast?

So drängte in dem verzauberten Walde das gegenseitige Mißtrauen den Willen zur Erneuerung zurück und der harte todgleiche Winter dauerte und dauerte, bis der Frühling seinen hellen Weckruf erschallen ließ.

Was geschah eines Tages, und durch welches geheimnisvolle Wunder ward der unheimliche Bann gebrochen? Wagte es doch ein Baum als erster, die diese Aprilpappeln etwa, die aufsprossen wie eine grüne Rakete und von fern schon das Zeichen der Umwandlung geben? Oder brachte ein besonders warmer und belebender Sonnenstrahl alle Triebkräfte auf einmal zu gemeinsamem Entschlusse?

Sei's wie es sei — der Wald entwickelte sich bald zu einer wunderlieblichen Fülle friedlicher Freude.

Das Schiff „Zufall".

Von Mac Narrator.

Das Schiff „Zufall" verließ Glasgow am 6. September 1809. Es war nach einem fernen Hafen bestimmt und trug Gold und Silber an Bord. Seine Besatzung bestand aus 22 Mann, einen Kaplan, einen Rechtsanwalt und den Eigentümer der unschätzbaren Ladung inbegriffen.

Das Wetter war schön und der Himmel klar, die See ruhig und der Wind günstig. Und dieses schöne Wetter dauerte etwa eine Woche lang an. Dann aber, als sich die „Zufall" inmitten des Ozeans befand, erhob sich ein schrecklicher Sturm, der mehrere Tage hindurch tobte und die „Zufall" wie ein Stückchen Kork auf zornigen Wassern herumschleuderte. Als sich das Wetter wieder aufgeheitert hatte, fand der Kapitän, daß das Schiff seinen Kurs verloren hatte.

Wochenlang suchte die „Zufall" nun auf fremden und trügerischen Meeren Weg und Ziel vergeblich. Die Vorräte schwanden, waren endlich völlig aufgebraucht, und der Besatzung bemächtigte sich Verzweiflung. Sollten nicht alle verloren sein, so blieb nichts übrig, als einen aus ihrer Zahl zu töten und sein Fleisch zu verzehren. Der Entschluß war furchtbar, doch schien er unvermeidlich.

Früh am nächsten Morgen, gerade als die Männer durchs Los entscheiden wollten, wessen Leben geopfert werden müsse, ließ der Ruf des Rechtsanwaltes Archibald Pennyworth: „Land, Land!" die Augen der unglücklichen Mannschaft in die Ferne schauen. Ja, dort zeigte sich Land!

Die „Zufall" lief eine unbekannte Insel an. Die Männer traten aus dem Schiffe. „Wir sind gerettet," riefen sie. —

Das drängendste und unmittelbarste Problem war das der Nahrung. Zum Glück besaß die Insel üppige Vegetation. Und so gingen ein paar von den Leuten auf Erkundigung aus, was denn auf der Insel Genießbares wüchse. Die Schar kam bald zurück und brachte wilde Ziegen mit, die auf einem nahen Hügel geweidet hatten. Auch gab es wilde Früchte in Menge, ebenso fanden sie viele Arten Nüsse.

„Alles, was wir zu tun haben, ist, der Insel unsere Arbeit zu geben, bis wir einmal befreit werden!" so sprach Charles Stewart, der alte Seemann.

„Ja, so ist es!" stimmten alle Seeleute ihm zu.

Während die Seeleute sich entschlossen, den Kampf mit der Insel aufzunehmen, beschlossen die drei Angehörigen der übergeordneten Menschenklasse, nämlich der Kaplan, der Rechtsanwalt und der Besitzer der Gold- und Silberschätze, sich zu Eigentümern der Insel zu machen. Denn die Bodenbearbeitung sagte ihnen nicht recht zu. Und das war erklärlich. Sie wollten nicht nur nicht arbeiten, sondern auch noch die Arbeit der anderen überwachen. Sie fanden sich also zu heimlicher Besprechung in einem nahen Walde zusammen, und nun eröffnete Archibald Pennyworth, der Rechtsanwalt, seinen Plan: „Ich will die Eigentumsrechte an dieser Insel beanspruchen auf Grund der unbestreitbaren Tatsache, daß meine Vorfahren vor hundert Jahren dem König von Spanien darin beistanden, etliche hunderttausend Indianer abzuschlachten. Ich will behaupten, der König von Spanien habe deshalb meiner Familie in Ansehung ihrer außerordentlichen Verdienste um König und Vaterland diese Insel als dauernden Besitz erbeigentümlich zugesprochen."

„Und nun, mein lieber Reverend Mockery," sagte Pennyworth zu dem guten Kaplan, „nun mußt du meinen Anspruch bestätigen, indem du erklärst: es sei Gottes Wille, und der Obrigkeit müsse gehorcht werden! Das wird die Gemüter der Burschen in Verwirrung bringen — und meine Eigentumsrechte sind gesichert!"

Und dann, zu dem Finanzmann sich wendend, dem Herrn über Silber und Gold, der sich gegen einen Baum gelehnt hatte und reichlich schwermütig und verdüstert dreinsah, sagte er: „Ist die Insel erst einmal in meinem Besitz, dann wollen wir das Gold und Silber dazu benützen, um die Seeleute für ihre Arbeit zu bezahlen. Und wie die Insel in unserem Besitz ist, wird es dann auch das Gold und Silber sein!"

Eine glänzende Idee, Archibald, eine glänzende Idee!" rief der Finanzmann, dem die Lebensgeister wiederkehrten. Er klopfte Pennyworth anerkennend auf die Schulter.

„Also, wir sind alle einig, nicht wahr?" fragte Archibald.

„Wir sind es!" antworteten ihm die Freunde.

Und die drei verließen den Wald, um ihren Plan den Seeleuten zu eröffnen. —

Die rote Scheibe der flammenden Sonne sank langsam, als sich die verlorene Mannschaft der „Zufall" vor einem großen Felsen nahe der Küste versammelte, um die drei übergeordneten Persönlichkeiten sprechen zu hören. Eine kühle Brise rauschte durch die Blätter eines Baumes, aus dessen Geäst ein schöner Vogel süße, bezaubernde Melodien vernehmen ließ. Bald gossen auch die Sterne ihren sanften, goldenen Glanz erdenwärts.

Archibald bestieg den Felsen und seine Freunde begleiteten ihn. Und nachdem er in wohlgesetzter und kluger Rede den Anspruch seiner Eigentumsrechte an der fruchtbaren Insel vorgebracht hatte, rief der gute Kaplan Mockery zur Bekräftigung dieses Anspruches den unerforschlichen Willen Gottes an.

Aber da geschah es, daß die Seeleute ellenlangen Worten und Ansprüchen gegenüber taub und unbelehrbar blieben.

Dann erstieg Bassor, ein Seemann, der in seinem Leben manches Buch gelesen und manche Gedanken über die Menschen und ihr Recht auf der Erde zu Ende gedacht hatte, den Rednerfelsen und sagte etwa dies:

„Meine Herren! Sie können Ihr Gold und Silber behalten, denn es ist uns zu nichts nütze — wir können es nicht essen. Um auf dieser Insel leben zu können, dazu ist nötig, daß man arbeite. Denn es verlangt Arbeit, die Ziegen zu melken, die Früchte zu pflücken, die Bäume zu fällen, das Holz zu spalten und Hütten daraus zu bauen. Diese Insel gehört denjenigen, die sie bebauen und bewohnbar machen. Wir Seeleute haben uns deshalb zu verschiedenen Arbeitsgruppen zusammengetan, wir wollen die Arbeit leisten. Sie, meine Herren, haben nun die Freiheit, sich der Arbeitsgruppe anzuschließen, die Ihnen am besten zusagt. Aber, hören Sie: wenn Sie nicht arbeiten, werden wir Sie nicht ernähren!"

Diese Rede überraschte die übergeordneten Persönlichkeiten nicht wenig, doch blieb ihnen auf jener Insel keine Wahl, als sich dem Beschluß der Mehrheit zu fügen. Und dieser Beschluß zwang sie zur Arbeit.

Doch als sie von jenem Felsen hinweggingen, da sagte der Finanzmann seufzend zu seinen Freunden: „Es ist ein Jammer, zu sehen, wie schlichte Leute durch Bücherlesen und Nachdenken verdorben werden!"

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

New York	100 Kč	Dollar 2.93.50
Zürich	100	Schweiz. Frank 16.47.50
Berlin	1	Mark 1250.00,000.000'00
Wien	1	österr. Kronen 2.038.00

Prager Kurse am 9. Mai.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1276'00	1282.00
100 Reichsmark	7.88'00	8'08'00
100 belg. Franks	169.25'00	170.75'00
100 schweiz. Frank	605.50'00	608.50.00
1 Pfund Sterling	148.80'00	150.20'00
100 Lire	153.75'00	155.25'00
1 Dollar	33.95'00	34.25'00
100 franz. Franks	206.25'00	207.75'00
100 Dinar	42.65'00	43.15'00
10.000 magyar. Kronen	3.67.50	4'17'50
1.000.000 poln. Mark	3.34'00	4.14'00
10.000 österr. Kronen	4.77'50	4.97'50

Tages-Neuigkeiten.

„Wir wählen deutschnational!"

Unser Hamburger Bruderblatt bringt nachstehendes gelungenes Wahlbild von den sonntäglichen Reichstagswahlen:

Ein Wahllokal in der Hamburger Neustadt. Lärmend betritt jemand die Wirtschaft mit der laut und fast fallend deklamierten Feststellung: „Wir wählen deutsch — — nationa — — al! Hahaha!" Ein gurgelndes Lachen. —

Bald darauf stolpert ein Herr ins Wahllokal. — — — Einige Wähler harren bereits der Abfertigung. Die an einen derselben gerichtete Bitte eines der Wahlbeisitzer um Vorlegung des Meldescheines begleitet unser Herr mit der halb protzig, halb ironisch klingenden Frage: „Meldeschein? Genügt nicht auch der Jagdschein? — — Wir wählen deutschnationa — — al!"

Man läßt sich indes beim Wahlgeschäft nicht stören.

Der „Herr" kommt dran. Er ist dem Wahlvorstand persönlich bekannt; erhält seinen amtlichen Stimmzettel und den Umschlag.

„Wir ... hahahah ... wählen deutschnational!" rollt sich in den Wahlverschlag — — — lehnt am Fensterbrett — — — „Erst mal .... le — sen. Wir ... wählen deutschnational ... Mal le — — sen ..." Halb aus der Zelle herausgebeugt fordert er jovial einen der Beisitzer auf: „Machen Sie mal'n Kreuz." Ein Achselzucken. —

Später eingetroffene Wähler stauen sich vor der Wahlzelle. Unser Zähler bemerkt einem der Wahlbeisitzer gegenüber: „Der Mann stört die Wahlhandlung."

In der Zelle grunzt es: „... war auch an der Front .. Deutschland .. du bist .. blamiert." (Dunkel blieb, ob das blitzartige Selbsterkenntnis war.) Wir wählen deutschnationa — — al."

Ein kurzes Warten noch. Dann fühlt sich der Beisitzer verpflichtet, um die Wahlhandlung nicht zu gefährden, den „Herrn" aus der Zelle herauszunötigen.

Er lehnt in einer Ecke des Wahllokals nahe der Urne. Glotzt halb blöde die nach ihm schnell nacheinander aus der Zelle kommenden Wähler und Wählerinnen an ... Letztere haben's ihm anscheinend auch besonders angetan ...

„Weiber brauchen wir nicht! ... Wir wählen deutschnational!" — —

Will wieder in die Zelle, aber wird belehrt, daß nur einer zurzeit darin sein darf.

Der Strom der Wähler ebbt für einen Augenblick ab.

Unser „Herr" rafft sich anscheinend zu einem Entschluß auf. Er betritt wieder die Zelle, kann aber wahrscheinlich mit dem „Kreuz'l"schreiben noch nicht zurecht kommen. Hängt sich wieder zur andern Seite aus der Zelle heraus mit der Frage an den Beisitzer: „Wir wählen deutschnational?" Plötzlich wendet er sich wieder an den Tisch des Wahlvorstandes und erklärt: „Ich wähle überhaupt nicht! Deutschland — du bist blamiert!" —

Stimmzettel und Kuvert hat der Wähler erhalten. Gewiß kann er sich der Abstimmung enthalten. Er braucht ja nur den unbekreuzten Stimmzettel abzugeben.

Die Sache spitzt sich dramatisch zu. Der Wähler wankt durch die Wahlzelle zur Urne zurück. — — — Das Kuvert verschwindet mit dem leeren Stimmzettel im Schlitz der Wahlurne.

In diesem Augenblick läßt sich die im Lokal anwesende deutschnationale Zählerin klagend vernehmen: „Aber das durften Sie doch nicht tun!" — — —

Der geschichtlichen Treue halber sei noch vermerkt, daß besagter „Herr" nach Verlauf von etwa einer Stunde es glücklich dahin brachte, zur Dokumentierung seiner deutschnationalen Gesinnung — — — ein sich am Eingang der Wirtschaft befindliches Glasschild zu zertrümmern, was dazu führte, daß unsere hilfsbereite Sipo ihm liebevoll weitere Fürsorge angedeihen ließ.

Ermäßigte Arbeitereisenbahnlegitimationen und der heilige Bürokratius.

In letzter Zeit ereignen sich immer wieder neue Fälle, daß bahnämtlicherseits Arbeitern die ermäßigten Arbeiter-Eisenbahnlegitimationen mit der Begründung als ungültig erklärt werden, daß dieselben nicht den Tarifvorschriften gemäß ausgefüllt wären, trotzdem von unseren Genossen schon wiederholt bei den kompetenten Eisenbahnbehörden dagegen eingeschritten und die Sachlage auch in unserer Parteipresse im Sinne der hiefür geltenden Tarifvorschriften klargestellt worden ist.

Es handelt sich ausschließlich um Fälle, die sich in den Bahnbereichen von Aussig und Bodenbach zugetragen haben. In einem solchen Falle intervenierte vor wenigen Wochen Abg. Genossin Kirpal, die zufällig selbst Zeuge war, wie während der Fahrt vom Zugsrevisor einem in seinen Beschäftigungsort fahrenden Arbeiter die Fahrlegitimation mit dem Hinweise, sie wäre nicht vorschriftsgemäß ausgefüllt, als ungültig erklärt und abgenommen wurde. In diesem Falle war es ein einziges Wort, und zwar die Stationsbezeichnung, die nicht tschechisch geschrieben war, das dem Arbeiter durch die Abnahme der Legitimation einen empfindlichen Schaden dadurch einbrachte, daß er bis zur Wiederausfolgung derselben mehrere Tage hindurch den vollen normalen Fahrpreis für die Hin- und Rückfahrt bezahlen mußte. Obwohl der Revisor sachlich im Rechte war, so hätte sich bei einiger Menschenfreundlichkeit und Verständnis für die wirtschaftliche Lage des Arbeiters dieser geringfügige Mangel auch ohne Schädigung des Arbeiters beheben lassen.

Als ungleich ungerechter müssen jedoch jene Fälle qualifiziert werden, in denen Bahnbetriebsämter außer der textlichen Ausfüllung der Arbeiterlegitimationen in tschechischer Sprache auch tschechische Gemeinde- und Firmenstampiglienaufdrucke verlangen und in deren Ermangelung die Legitimationen als ungültig erklären, da ein solcher Vorgang einen krassen Uebergriff gegen die bestehenden Vorschriften darstellt. Eine solche Vorschrift besteht weder gesetzlich, noch ist sie tariflich festgelegt und hat die Eisenbahnverwaltung keinerlei Recht dazu, etwa zu verlangen, daß deutsche Gemeinden oder Privatunternehmungen, in denen die Arbeiter wohnen, bezw. beschäftigt sind, tschechische oder doppelsprachige Stampiglien einführen. Es zeigt dies nur, daß solche Amtsorgane entweder die Vorschriften nicht genau kennen, oder sie nicht zu interpretieren verstehen. Es ist nirgends in den Tarifen eine Bestimmung enthalten, nach welcher die Gemeindestampiglien oder Firmenstampiglien tschechisch oder doppelsprachig auf den Arbeiterlegitimationen aufgedruckt zu sein hätten. Die bezügliche Tarifvorschrift lautet lediglich, daß die Legitimationen in der Staatssprache ausgefüllt zu sein haben, was sich aber nur auf den geschriebenen Text und da auch hauptsächlich auf die Bezeichnung der Stationsnamen bezieht, für welche Eisenbahnstrecke die Legitimation gilt. Von den aufzudruckenden Gemeinde- oder Firmenstampiglien ist in sprachlicher Hinsicht in der bezüglichen Bestimmung überhaupt nicht die Rede und kann daher auch von keinem Bahnamte eine solche Forderung an die Arbeiter gestellt werden. Wegen dieses gesetz- und tarifwidrigen Vorgehens bahnämtlicherseits hat Abg. Gen. Grünzner schon zu wiederholten Malen bei den kompetenten Stellen interveniert und Einspruch erhoben. Es würde auch jedesmal ohne weiteres zugegeben, daß die Eisenbahnverwaltung hiezu ein Recht nicht habe, daher auch eine solche Forderung gar nicht stellen könne, und daß sich derartige Uebergriffe nur aus Unkenntnis der bezüglichen Vorschriften oder übertriebener Aengstlichkeit einzelner Beamten erklären lassen.

Ueber alle wegen dieser Uebergriffe durch Bahnorgane von den genannten beiden Abgeordneten durchgeführten Interventionen sowie deren Ergebnissen wurde in unserer Parteipresse wiederholt berichtet und die Sachlage klargestellt. Ebenso wurde auch von unseren Parteiinstanzen bei den betreffenden Eisenbahndienststellen eingeschritten und darauf verwiesen, daß ihr Vorgehen den Tarifvorschriften und gesetzlichen Bestimmungen nicht entspricht. Die betreffenden Bahnorgane scheinen es sich jedoch in den Kopf gesetzt zu haben, auf ihrem gesetz- und tarifwidrigen Standpunkte zu beharren und dabei weiterhin Arbeiter empfindlich zu schädigen. Durch dieses Vorgehen sind bereits viele Arbeiter um ihren ganzen Verdienst gebracht worden. Ein Bürokratenstück ganz besonderer Art hat sich in allerletzter Zeit aber das Bodenbacher Bahnbetriebsamt in dieser Sache geleistet. Das Gemeindeamt Marschen hatte wegen Ungültigkeitserklärung einer Arbeiterlegitimation aus den oben besagten Gründen eine Beschwerde an das Bodenbacher Bahnbetriebsamt gerichtet. Was tat nun das Bodenbacher Bahnbetriebsamt? Statt die Sache im kurzen Wege mit dem Gemeindeamte Marschen zu erledigen, hat es mittels Zuschrift dieses verständigt, daß es den Akt zur Entscheidung an die Staatsbahndirektion Prag geleitet habe. Höher geht es wirklich nimmer! Es fehlt nur noch, daß die Staatsbahndirektion Prag den Amtsschimmel noch weiter treibt und den Akt an das Eisenbahnministerium leitet. Auf diese Weise könnte es passieren, daß bei dem bekannten Tempo unseres Bürokratismus der betroffene Arbeiter seine Legitimation monatelang nicht mehr zu Gesichte bkommt und schließlich seinen Arbeitsplatz aufgeben muß, weil er sein ganzes verdientes Geld für die Eisenbahnfahrten verbrauchen würde. Wie ein solcher Arbeiter, der schließlich dazu auch Familienernährer sein kann, bei der noch immer vorhandenen Arbeitslosigkeit seine und seiner Familie Existenz weiter fristen soll, darüber machen sich Bürokratenköpfe keinerlei Gedanken! Das Gemeindeamt Marschen wendete sich nun in der Sache an die Abgeordnete Genossin Kirpal um Intervention. Diese sprach nun gestern mit dem Abg. Genossen Grünzner neuerlich im Eisenbahnministerium vor, wobei die beiden Interventierenden darauf drängten, daß nun endlich die in Betracht kommenden Bahnämter und Organe von Amts wegen energisch dahin belehrt werden, daß ihr Vorgehen gesetz- und tarifvorschriftswidrig ist und sie daher die Arbeiterlegitimationen mit deutschen Gemeinde- und Firmenstampiglienaufdrucken als rechtsgültig anzuerkennen haben. Dies geschah denn auch sofort noch im Beisein der beiden auf telephonischem Wege über die Staatsbahndirektion Prag-Süd.

Der heilige Bürokratius ist somit im vorliegenden Falle nicht ganz auf seine Rechnung gekommen. Jenen Bahnorganen, die sich dieser Uebergriffe schuldig gemacht haben, sei aber auch an dieser Stelle nochmals gesagt, daß sie sich streng an die gesetzlichen und tariflichen Vorschriften zu halten haben und nicht durch ihre willkürliche Auslegung Arbeiter um ihren sauer erworbenen Verdienst bringen dürfen.

Schweres Unglück in den Bodenbacher Chaudoir-Werken.

Am Donnerstag vormittags haben die Arbeiter Wenzel Günther aus Ullgersdorf, Joh. Pompe, Nieder-Ebersdorf und Josef Hampel, Kleinwöhlen, in den Bodenbacher Chaudoir-Werken 66prozentige Schwefelsäure aus einem Ballon in den Beizbehälter gegossen, wobei die Flasche platzte und die drei Arbeiter durch die auf sie ergießende und herumspritzende Säure sehr schwer verletzt wurden. Alle drei sind Familienväter. Günther und Pompe haben so schwere Verletzungen davongetragen (besonders an den unteren Gliedmaßen), daß sie in Pflege des Krankenhauses verbleiben mußten. Hampel Josef hat leichtere Brandwunden, dafür aber eine sehr tiefe Schnittwunde an der rechten Hand davongetragen und wurde nach Behandlung im Krankenhause in häusliche Pflege entlassen.

Die Firma Chaudoir, welche viel von dieser gefährlichen Flüssigkeit verwendet, bezieht diese von einer bestimmten Firma in Ballons zu 50 Kilogramm. Die Schwefelsäure wird nie auf lange Lagerung bestellt, so daß die Umhüllung immer in tadelloser Ordnung ist und durch das Gewicht von 50 Kg. in Ballons auch leichter zu hantieren geht. Nun hat sie von den Centrawerken einige Ballons dieser Säure gekauft, welche über 100 Kg. Inhalt haben, und wer weiß, wie lange schon dort lagerten. Der Boden des Eisenkorbes, in welchem diese Ballons ruhen, war vollständig durchgerostet und mußte schon beim Transporte besondere Vorsicht angewendet werden. Die drei Arbeiter haben dann, nachdem das übliche Ausschütten mit dem Korbe nicht möglich war, mit der allergrößten Vorsicht die Flasche herausgenommen. Als sie ungefähr die Hälfte der Flüssigkeit in den Bottich geschüttet hatten, platzte plötzlich die Glasflasche und das Unglück war geschehen.

Die Betriebsleitung kann von der Schuld an diesem Unglücke nicht ganz freigesprochen werden. Bei einer so gefährlichen Flüssigkeit wäre es notwendig, eine Kippvorrichtung zu gebrauchen, wie es sonst in anderen Betrieben üblich ist, besonders aber bei Verwendung von sonst nicht üblichen Behältern, wie es hier der Fall ist. Wir müssen bemerken, daß es noch manchen Mangel an Schutzvorrichtungen und manchen Uebelstand, der genau die gleichen Auswirkungen haben kann, im genannten Betriebe gibt. Trotzdem die Arbeiter schon öfters darauf aufmerksam gemacht haben, werden diese Uebelstände leider nicht abgeschafft. So leichtsinnig darf mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter nicht gespielt werden. Wir hoffen, daß nun alles vorgekehrt wird, damit derartige Unfälle in Zukunft nicht mehr möglich sind.

Die bürgerliche Presse und die Prohibition in den Vereinigten Staaten. Immer wieder bringt die bürgerliche Presse Sensationsnachrichten über das Versagen des Alkoholverbotes in Amerika, immer neue Schauermärchen werden verbreitet. Für jeden Eingeweihten ist es klar, woher diese Schauergeschichten rühren: das europäische und das amerikanische Alkoholkapital arbeiten gemeinsam, haben Bureaus errichtet, in den diese Lügenberichte verfertigt und als verkappte Inserate an die feile Presse versendet werden. Da hat denn der „Saazer Anzeiger", ein deutschnationales Blatt, einen hübschen Beleg für die Richtigkeit dieser Voraussetzung geliefert. In seiner Ausgabe vom 26. April d. J. bringt er auf Seite drei einen Artikel über die Lage des Braugewerbes in Amerika, der mit schwarzen Farben die Wirkung des Verbotes auf die Brauindustrie schildert; es sei gar nicht wahr, daß die amerikanische Brauindustrie sich rasch und leicht umgestellt habe, wie behauptet wird (dieser Behauptung liegen aber authentische Berichte der amerikanischen Behörden zu Grunde) usw. Nun ist aber dem Redakteur ein kleines Malheur passiert; er hat es unterlassen, den Namen des Einsenders wegzustreichen und so prangt nun unter dem Artikel mit fetten Lettern: Presseabteilung des Deutschen Brauerbundes. Ja, wenn der „Saazer Anzeiger" seine Nachrichten über das Verbot von den Bierbrauern selbst bezieht, dann kann man sich einen Begriff von ihrer Unparteilichkeit und Wahrheitsliebe machen!

Unglaublich aber wahr. Nachdem in diesem Staate nicht genügend Arbeit vorhanden ist, sind arbeitswillige Menschen wider ihren Willen gezwungen, ins Ausland zu gehen und dort Arbeit anzunehmen. Dies geschieht oft unter den schwersten Bedingungen und manches Briefleln kommt von den in der Fremde befindlichen an das Elternhaus mit der Bitte, einen kleinen Zuschuß zu senden. Wie verhängnisvoll eine solche Liebestat von den Hütern des Gesetzes belohnt werden kann, dafür ein kleines aber fast unglaubliches Beispiel: Lebt da in einem kleinen Ort ein kleiner Krämer, dessen Einnahmen zum Leben zu gering und zum Sterben zu groß sind, und der seinem Töchterchen, welches das unglaubliche Glück hat, in Oesterreich einen Posten zu finden, ein Paket — beinhaltend einige Buchteln und ein altes Kleid (Kriegsware) — sendet, in dem stolzen Bewußtsein, seiner Tochter damit geholfen zu haben. Einige Tage später jedoch erhält er ein Schreiben seiner Tochter, worin sie ihm mitteilt, daß sie das Paket, dessen Wert Kč 40 betrug, nach Bezahlung eines Betrages von Kč. 211.000 beim Wiener Zollamte beheben konnte. Also rund Kč 110 mußte sie Steuer zahlen für etwas, was sie als Zuschuß zur Lebenshaltung von ihren Eltern erhielt und das ungenießbar war, weil während der zehn Tage, da es im Zollamte lag, die Bäckerei ganz verdorben wurde. Es bleibt unverständlich, warum bis heute unser Zollvertrag mit Oesterreich nicht den heute wohl schon normalen Zuständen angemessen, so verbessert wurde, daß derartige Fälle sich nicht mehr ereignen können.

Ermordung eines Kommunisten in Karpatho-Rußland. Wie bekannt, wurde in Karpathorußland kürzlich ein kommunistischer Führer ermordet. Nun hat sich in Karpathorußland ein zweiter politischer Mord ereignet. Dienstag abend wurde in Turjasehes bei Ungvar der ehemalige Bürgermeister dieser Gemeinde, der Kommunist Iwan Stimak, als er von einem Spaziergange heimkehrte, von vier Burschen überfallen. Der eine von ihnen stieß ihm ein Messer ins Herz. Der Mörder ist der 19jährige Basil Bucok, der Sohn des reichsten Bauern der Gemeinde; er und seine drei Genossen wurden noch am selben Abend verhaftet.

Neue 50-Kronen-Noten. — Einziehung der alten Zweihellerstücke. Nach Informationen der tschechischen Presse wird das Bankamt mit 26. Mai beginnend neue 50-Kronennoten mit dem Datum vom 12. Juni 1922 ausgeben. Eine entsprechende Regierungsverordnung wird herausgegeben werden. Da die alten 50-Kronennoten stark nachgeahmt wurden, sind die neuen aus besserem Papier hergestellt und haben eine geeignetere Form. Später wird festgesetzt werden, wann die alten 50-Kronennoten die Gültigkeit verlieren. Der Text der neuen Banknoten ist tschechisch, das Motiv slowakisch: Abbildung des Trenczíner Schlosses und vor ihm im Vordergrund die Gestalt eines säenden Slowaken. — Das Finanzministerium hat die Einziehung der alten Zweihellerstücke angeordnet. Sie werden bei den Staatskassen angenommen, aber nicht mehr verausgabt werden. Später werden in gleicher Weise die alten Zehn-Hellerstücke eingezogen.

Herabsturz eines Militärflugzeuges. Nach Berichten Reisender aus Böhm.-Trübau ist am Donnerstag ein Militärflugzeug nicht weit von Mladějow abgestürzt und ging in Brüche. Der Pilot des aus Prag nach Olmütz fliegenden Flugzeuges blieb durch einen Zufall unverletzt.

Verlegung der Fliegerschule von Eger nach Proßnitz. Tschechischen Blättern zufolge soll die Fliegerschule in Eger im nächsten Frühjahre nach Proßnitz verlegt werden. Bis zu dieser Zeit werden auch in Proßnitz sämtliche Fliegerbauten fertiggestellt sein.

Eine slowakische Gemeinde niedergebrannt. Die kleine Gemeinde Baderovce im Gaue Gömör ist in der Nacht zum 6. Mai beinahe vollständig niedergebrannt. Dem Feuer fielen 32 Häuser und 27 Scheuern zum Raube. Vier Personen, drei Frauen und ein Mann, fanden in den Flammen den Tod, sechs erlitten schwere Verletzungen. Auch die Ortskirche wurde vom Feuer vernichtet.

Selbstmord. Donnerstag nachmittags bemerkte ein Beamter der Brněnská banka in der Herrengasse, Prag-Neustadt, wie der Lehrling R. H. aus Prag-Neustadt mit einem Schlüssel die Sammelbüchse beim Aufzuge der Bank öffnete und ihr Geld entnahm. Der Junge ergriff, als er sich bemerkt sah, die Flucht und warf das Geld weg. Er wurde jedoch von Angestellten der Bank festgenommen und in die Separation in der Heinrichsgasse gebracht. Als sich der Wächter der Separation entfernte, begab sich R. auf den Aufstandsort, schnitt dort ein Stück Draht bei der Wasserleitung ab und erhängte sich. Die Polizeiärzte, die von dem zurückgekehrten Wächter sofort herbeigerufen wurden, stellten vergebens Wiederbelebungsversuche an.

Von der Prager Straßenbahn. Dem Verwaltungsrate der Prager elektrischen Straßenbahnen wird ein Antrag vorgelegt werden, wornach der Tarif auf der Prager Elektrischen bis zu fünf Zonen auf 1 K herabgesetzt werden soll; für weitere Fahrten soll der bisherige 1-K-20-h-Tarif in Kraft bleiben, und weiter sollen bei Tag und Nacht die gleichen Fahrpreise gelten. — Die elektrische Straßenbahn wird bereits in den allernächsten Tagen aus der Hibernergasse auf den Platz der Republik fahren können. Gegenwärtig werden auf dem Platze unterhalb des Repräsentationshauses neue Geleise gelegt. Das Pflaster an diesen Stellen, zwischen dem Graben, der Hibernergasse, dem Pulverturm und dem Platze der Republik wird ausgewechselt und mit neuen Granitsteinen ausgepflastert werden, was einen Aufwand von 90.000 K erfordert. Durch die neue Verbindung gewinnt besonders Žižkov, dessen Bewohner nunmehr ohne Umsteigen nach dem Baumgarten werden fahren können.

Der widerliche Prozeß, den das österreichische Finanzärar gegen den früheren Theaterdirektor Aman geführt hat, wird nun durch einen Ausgleich beendet. Aman hat das ihn gehörige Bad Einöd einer Invalidenstiftung des Staates gegen eine jährliche Rente von 10.000 Kronen überlassen, verlangte aber dann, daß dieser Betrag entsprechend valorisiert werde. Der 80 Jahre alte Stifter wollte eine Monatsrente von fünf Millionen. Die Regierung zahlt ihm aber nach wie vor 10.000 Kronen jährlich (!) und ließ sich erst jahrelang von Aman klagen. Nun bietet sie ihm 3.6 Millionen monatlich. Aman verlangt vier Millionen, (etwa 2000 Kč.).

Die Andacht. Der sozialistische Volksbildungsminister eines deutschen Freistaates war Anfang des Jahres 1924 durch einen Rechtsanwalt aus der Volkspartei abgelöst worden. Seine erste Amtshandlung war die Wiederherstellung des Schulfriedens; d. h. er hob die Toleranzverordnung seines Vorgängers auf, durch die die Vornahme kirchlicher Exerzitien im allgemein verbindlichen Unterricht verboten war. Als am folgenden Tage Dr. Christian Morgenrot, der es verstanden hatte, trotz seiner Zugehörigkeit zu den „Roten" sich die Sympathie der anständigen Schüler zu bewahren, die Obertertia betrat, riefen ein paar christliche Hitlerknaben: „Beten". Christian Morgenrot ließ sich ein neues Testament reichen, forderte die Klasse auf, sich von den Plätzen zu erheben, und sprach: Vernehmet in Andacht, was Jesus von Nazareth, der große Prophet und Vorkämpfer für den Weltfrieden, der Anwalt der Armen und Unterdrückten, der von den Priestern und Rechtgläubigen ans Kreuz gebracht wurde, in der Bergpredigt sagt, wie es geschrieben steht Matth. 6 Vers 6: „Wenn Du betest, so gehe in Dein Kämmerlein und schließ die Tür zu und bete zu Deinem Vater im Verborgenen; und Dein Vater, der in das Verborgene sieht, wird Dirs vergelten öffentlich. Amen." Dr. Morgenrot wurde nie wieder veranlaßt, die erste Unterrichtsstunde durch ein Gebet von fünf Minuten zu verkürzen.

Die Folgen der Frankenspekulation. Gestern ist in Wien bei acht Firmen das Ausgleichsverfahren eröffnet worden. Die Passiven werden insgesamt auf 15 Milliarden beziffert.

Eine Ortschaft nach Sarah Bernhardt benannt. Zum Gedächtnis der verstorbenen Bühnenkünstlerin Sarah Bernhardt wird in der Nähe vor Paris bei Plessis-Robinson eine kleine Ortschaft erbaut werden, die den Namen Sarah Bernhardt tragen soll. Mit der Ausführung des Planes ist ein Komitee betraut, dessen Vorsitzender der bekannte Philosoph Bergson ist, und das noch andere hervorragende Persönlichkeiten der Politik und der Kunst umfaßt.

Der Attentäter auf Bethlen — geisteskrank. Wie die Blätter melden, hat die Budapester Polizei den Monteur Franz Fogel, der in einem Schreiben der Polizei mitteilte, daß er ein Attentat auf den Ministerpräsidenten Bethlen plane, nach Untersuchung seines Geisteszustandes für geisteskrank erklärt und der Irrenanstalt übergeben.

Die Peter Paulsfestung wird ein Museum. Dem russischen Revolutionsmuseum wurde die Trubetzkoi-Bastion der Peter Paul-Festung in Verwaltung übergeben. Es wird dort eine Musealabteilung errichtet. Die Zellen, in welchen bedeutende Revolutionäre eingekerkert waren, sollen restauriert werden.

Ein Worovskidenkmal in Moskau. Heute ist der Jahrestag der Ermordung Worovskis, der bekanntlich in der Schweiz ermordet wurde. Aus diesem Anlasse wird in Moskau sein Denkmal feierlich enthüllt. Das Denkmal steht vor dem Volkskommissariate für äußere Angelegenheiten und ist acht Meter hoch.

Todesurteile gegen spanische Posträuber. Vor dem Militärkriegsgericht in Madrid standen Donnerstag die Mörder von Postangestellten eines andalusischen Schnellzuges, Navarette, Piqueras und Sanchez Molina wurden zum Tode verurteilt. Donday erhielt 20 Jahre Zuchthaus, drei Frauen wurden freigesprochen. Die Todesurteile wurden gestern um sechs Uhr morgens vollstreckt.

Immer neue Flugrekorde. Der Aviatiker Bossoutrot hat gestern auf einem französischen Apparate, der mit einem 600 PS.-Motor versehen war, den Welthöhenrekord mit 2000 Kilo Belastung, indem er eine Höhe von 4600 Meter erreichte, geschlagen.

Ein politisches Attentat in Japan. Reuter meldet aus Tokio, daß ein Zug, in dem sich Takahashi, der Führer der Leiyukai, befand, zum Entgleisen gebracht wurde. Vier Personen wurden getötet, mehrere verletzt. Takahashi und seine Begleitung blieben aber unverletzt. Man glaubt, daß es sich um ein Attentat auf den Parteiführer handelt, auf den bereits am 30. Jänner ein ähnlicher Anschlag verübt wurde. Damals sei ebenfalls versucht worden, einen Zug, in dem er sich befand, zum Entgleisen zu bringen.

Postverkehr Amerika—Europa in zwei Tagen. Wie der Marinesekretär in New York in einer Rede mitteilte, wird das Lenkluftschiff Z. R. III., das gegenwärtig in Deutschland für die Vereinigten Staaten gebaut wird, nach seinem Eintreffen im Herbst von der Marine zu dem Versuch verwendet werden, um zu erweisen, daß die Post zwischen den Vereinigten Staaten und Europa in zwei Tagen oder weniger befördert werden kann.

Kampf mit einem Schmugglerboot. Zwischen dem norwegischen Zollkreuzer „D III" und einem aus Christiania stammenden Schmugglerboot kam es auf der Höhe von Tönsberg zu einem Kampf. Der Zollkreuzer hatte das Schmugglerboot angerufen, das jedoch zu flüchten versuchte. Darauf gab der Kreuzer mehrere Schüsse ab, die von dem Bot erwidert wurden. Das Schmugglerboot wurde schließlich eingeholt und die Besatzung gefangen genommen. Zwei ihrer Mitglieder waren getötet worden.

Raub in einem Postbureau. Aus Glarus in der Schweiz wird gemeldet: In Dießbach hat ein unbekannter Täter die Postbeamtin im Postbureau überfallen, ihr Pfeffer in die Augen gestreut und Banknoten im Betrage von 1200 bis 1500 Francs entrissen. Die Beamtin wurde durch einen Messerstich leicht verletzt. Nach dem Täter wird gefahndet.

Die Dame in Schwarz. Vor einigen Tagen wurde in dem Palais eines reichen Mexikaners, Marquis del Fiero, in den Champs Elysees in Paris ein großer Einbruchsdiebstahl verübt, bei dem den Dieben Juwelen und Bargeld im Werte von 500.000 Francs in die Hände fielen. Die polizeiliche Untersuchung stand tagelang einem Rätsel gegenüber, da die Einbrecher auch nicht die geringsten Spuren hinterlassen hatten. Nunmehr hat sich der Verdacht der Polizei auf eine Dame in Witwenkleidung gelenkt, die am Tage des Einbruches sich in den Nachbarhäusern auffällig danach erkundigt hatte, ob in dem Palais des Marquis de Fiero kein Appartement zu vermieten sei. Gleichzeitig entdeckte man, daß der Einbruch von einer Frau verübt worden sei, die so geschickt war, Gummihandschuhe zu benutzen, um keine Fingerspuren zu hinterlassen. Die Pariser Polizei fahndet nun nach der geheimnisvollen „Dame in Schwarz", die aller Wahrscheinlichkeit nach den kühnen Einbruch verübt hat.

Wetterübersicht vom 9. Mai. Während am Donnerstag im Westen des Staates die Abkühlung bereits begann, wurden im Osten der Republik noch sehr hohe Temperaturen erreicht. Die Nachmittagstemperatur war in Eger 10 Grad, in Prag 16 Grad Celsius, in Preßburg 23 Grad und in Kaschau 26 Grad Celsius. Das Vordringen der kühleren Luft vollzog sich unter zeitweisen Regenfällen, die in Ostböhmen und Mähren vielfach von Gewittern begleitet waren. Westböhmen war Freitag früh teilweise aufgeheitert. Die Hauptdepression rückt langsam von der Nordsee gegen Osten vor. An ihrer Rückseite dauert der Kältezufluß an.

Wahrscheinliches Wetter von heute: Langsame Besserung, in der Nacht weitere Abkühlung.

Das Versagen des Gesundheitsministeriums.

Zu den mannigfachen Enttäuschungen, die allen sozial fühlenden Bewohnern der Republik seit ihrem Bestande bereitet wurden, gehörte von Beginn an die Tätigkeit des Gesundheitsministeriums. Seine Errichtung wurde mit allseitiger Freude begrüßt; hoffte man doch, daß nunmehr der Kampf gegen die Volksseuchen der Tuberkulose, der Venerie, des Alkoholismus, der im alten Oesterreich so arg vernachlässigt worden war, die Assanierung, die Reform des Krankenhauswesens, die Versorgung der Bevölkerung mit ärztlicher und Geburtshilfe, die Modernisierung des Irrenwesens, um nur die wichtigsten Gebiete der Gesundheitspflege zu nennen, mit der gebotenen Tatkraft aufgenommen werden würden. Der Krieg und seine Folgen hatten die Volksgesundheit zerrüttet; nun wurde ein Amt geschaffen, daß sie wieder aufrichten sollte.

Es soll nicht geleugnet werden, daß in den ersten Jahren manches geschah, besonders in den von den Magyaren ganz besonders vernachlässigten Teilen der Republik, in der Slowakei und in Karpathorußland. Der erste Gesundheitsminister Srobar stammte ja aus der Slowakei, er nahm sich, was begreiflich ist, seiner engeren Heimat besonders an. Es wurde auch ein Anlauf genommen, um das Krankenhauswesen den Forderungen der Neuzeit anzupassen, den Gesundheitsdienst zu vereinheitlichen, Wasserleitungsbauten u. dgl. zu fördern.

Aber der Eifer erlahmte bald. Minister Prochaska hatte bereits mit so großen Hemmungen und Schwierigkeiten zu kämpfen, daß er die Arme entmutigt sinken ließ; es gelang ihm nicht, sein wirklich großzügiges Projekt der Verstaatlichung des Gesundheitswesens durchzusetzen. Nicht besser erging es seinem Nachfolger Vrbensky, der viel guten Willen und große Energie mitbrachte, die aber an den Knausereien des Finanzministeriums, an dem Hader der Parteien zerschellten. Sein Werk, das Gesetz über die Verstaatlichung der Distrikts- und Gemeindeärzte, zeigt alle Merkmale des faulen Kompromisses; für die Volksgesundheit bedeutet es so gut wie nichts.

Aber auch Vrbensky mußte gehen; und nun erst kam das Ministerium in die richtigen Hände. P. Sramek, der als Eisenbahnminister vollständig versagt hatte, aber als einer der mächtigsten Parteiführer und Politiker unbedingt einen Sitz in der Regierung erhalten mußte, war zu versorgen. Ein politisches Ministerium wollte man dem katholischen Geistlichen damals noch nicht geben — heute ist der Klerikalismus ja so mächtig geworden, daß man wohl keine Bedenken mehr trüge — und da war das Gesundheitsministerium gerade recht, um eine Sinekure für Herrn Sramek zu bieten.

Seit er es leitet, ist es vollständig steril geworden; nichts, rein gar nichts mehr hat es in diesen eindreiviertel Jahren geleistet. Gesetzgeberisch hat es in einer Weise versagt, die wohl als Rekord angesehen werden darf. Zwei ganze Gesetze enthält das Amtsblatt für diese ganze Zeitspanne; und die sind danach! Das erste ist das famose Gesetz vom 21. Dezember 1922 S. d. G. u. V. 405, durch welches das Verstaatlichungsgesetz vollständig verdorben und unwirksam gemacht worden ist; es wurde zum größten Versager, den man sich vorstellen kann. Das zweite ist weiter nichts als die Verlängerung des Gesetzes betreffend die Einhebung des achtprozentigen Sanitätszuschlages.

Zu einem Skandale wurde die Verzögerung der Durchführungsverordnung zum Gesetze vom 11. Juli 1922 — noch vor Sramek entworfen und angenommen — betreffend die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Erst am 9. Oktober 1923, also 15 Monate nach Bekanntmachung des Gesetzes, kam die Durchführungsverordnung. Es kann an dieser Stelle nicht auseinandergesetzt werden, welch ungeheuerlicher Schade durch diese Verzögerung angerichtet worden ist.

Der Gesundheitsausschuß des Abgeordnetenhauses ist während der Amtstätigkeit des Ministers Sramek im ganzen fünfmal (!) zusammengetreten. Am 18. Dezember 1922, um die Verschlechterung des Sanitätsgesetzes vom 13. Juli 1922 zu beschließen; am 26. April 1923 wegen eines vom Abg. Dr. Halek eingebrachten Initiativantrages, der die Regelung des Lohnstillens betraf. Dieser Antrag wurde von der Abg. Sychrava übernommen, der Ausschuß nahm ihn am 14. Mai 1923 an, er stand auf der Tagesordnung der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 13. November 1923, von der er plötzlich unter nichtigen Vorwänden abgesetzt wurde. Trotz aller Bemühungen ist es nicht gelungen, ihn flott zu machen, die Gründe, die der Minister in der letzten Sitzung des Ausschusses angeführt hat, sind nichtige Vorwände. Herr Sramek verzichtet also nicht nur auf eigene Gesetzesvorlagen, er sabotiert auch Vorschläge, die von anderer Seite kommen.

Man müßte wahrhaftig glauben, es gäbe auf dem Gebiete des Gesundheitswesens in diesem Staate nichts mehr zu tun, es sei schon alles in schönster Ordnung. Herr Sramek hat ja auch in der letzten Sitzung des Gesundheitsausschusses über sein „Programm" gesprochen; und was verkündete er da? Das famose Bädergesetz, durch das angeblich der Besuch der Quellen- und Badeorte in der Tschechoslowakei den breiten Volksschichten zugängig gemacht werden sollen. Nun, man kann gespannt sein, wie das gemacht werden soll; was bisher über diesen Gesetzentwurf an die Oeffentlichkeit gedrungen ist, ließ ganz andere Absichten erkennen, da hat es sich viel mehr um Beschleunigung der Tschechisierung der deutschen Weltkurorte gehandelt, die vielen ungeduldigen Patrioten viel zu langsam vor sich geht. Was bisher in den dem Staate gehörigen Bädern Sliaš, Joachimsthal, den Tatrakurorten geleistet wurde, schaut gerade nicht nach „Sozialisierung" aus!

Ein Bädergesetz! Und das soll alles sein? Und wie steht es denn mit dem Seuchengesetz, das schon vor Jahren angekündigt wurde und wahrlich dringend notwendig wäre. Ein Gerücht sagt, daß es fix und fertig in der Lade eines Sektionschefs ruht, aber keine Gnade gefunden hat.

Schon unter Vrbensky wurde die Dringlichkeit eines Apothekengesetzes anerkannt; man arbeitete damals daran. Seitdem ist es wieder ganz still davon geworden. Es gibt keinen Menschen, auch nicht unter den Apothekern, der nicht die Reformbedürftigkeit des Apothekenwesens anerkennen würde. Aber der Gesundheitsminister hat wichtigere Dinge zu tun.

Dasselbe gilt vom Hebammenwesen. Man hat ihnen den volltönenden Titel Geburtsassistentinnen gegeben und verlangt bei den Kursen den Nachweis ausreichender Vorbildung. Aber man sorgt nicht dafür, daß die Geburtshelferinnen draußen auch leben können, daß ihnen die Möglichkeit der Fortbildung geboten wird usw.

Seit Jahren wird die Forderung nach einer Regelung des Aerzterechtes erhoben. Die Aerztekammern sind reformbedürftig. Alles bleibt beim alten und im argen.

Irrenwesen und Irrenrecht verlangen Umbildung auf neuzeitlicher Grundlage. Wer kümmert sich darum?

Die Spitalsschande ist groß, am größten in Prag, aber auch in vielen anderen Städten herrschen traurige Zustände. Ein Gesundheitsminister, für den die Gesundheit und ihre Wiederlangung wirklich den Inhalt seines Wirkens bildete, wie es doch sein sollte, könnte sich bei diesen Zuständen nicht beruhigen; Herrn Minister Sramek lassen sie kalt.

Die Physikatsprüfung ist längst reformbedürftig; heute muß jeder Distrikts- und Gemeindearzt diese Prüfung ablegen; dabei wird er aus Gegenständen geprüft, die für ihn gar keinen Wert haben, dafür fehlen darin sehr wichtige Zweige der Wissenschaft, die ihm als Fürsorgearzt, Schularzt usw. ganz unentbehrlich sind. Der Gesundheitsausschuß hat schon vor zwei Jahren einstimmig eine Entschließung angenommen, die die Reform der Physikatsprüfung fordert; geschehen ist bis heute gar nichts.

Diese Liste der Unterlassungssünden, die keineswegs erschöpfend ist, liefert auch den Beweis, daß es nicht vielleicht nur Rücksichten auf das Sparsystem sind, die Sraneks gesetzgeberische Tätigkeit hemmen; sehr viele dieser Reformen würden nichts oder fast nichts kosten, sie wären trotzdem wertvoll; aber die Untätigkeit ist eben zum Grundsatze geworden, der Herr Minister obstruiert sein eigenes Amt.

Nicht politische oder nationale, sondern rein sachliche Gründe sind es daher, die uns veranlassen mit allem Nachdruck zu verlangen, daß die Obsorge für die Volksgesundheit einem anderen Manne übertragen werde. Möge er welcher Partei immer angehören; aber er soll sein Fach verstehen, soll ein Herz für die kranke und leidende Menschheit haben, soll einsehen, daß der Mensch das größte und wertvollste Kapital ist, mit dem daher vor allem gespart werden muß. Gewaltig und dankbar wie kein zweiter ist der Wirkungskreis des Gesundheitsministeriums; es könnte so viel Gutes leisten, sein Leiter sich unsterbliche Verdienste erwerben. So aber ist es zum Spotte geworden, so bekommen jene Recht, die es auflösen und zu einem Departement eines anderen Ministeriums erniedrigen wollen. Man wird versucht zu glauben, daß Herr Sramek Gesundheitsminister geworden ist, um zu beweisen, wie unnötig dieses Amt ist; nun denn, diese Aufgabe hat er glänzend gelöst; ob wir ein solches oder gar kein Gesundheitsministerium haben, ist in der Tat vollständig einerlei.

Volkswirtschaft.

Die Bankbilanzen.

Auch heuer vollzieht sich der Aufmarsch der Bilanzen ganz programmgemäß und das Alpdrücken, das viele Kapitalisten in der letzten Zeit nicht ruhig schlafen ließ, schwindet. Die Befürchtungen der Geldmagnaten, daß sich die Wirtschaftskrise auch in den Bank- und Industriebilanzen äußern wird und die besonders in den letzten Monaten des Vorjahres äußerst stark waren, treffen nicht zu. Kein Wunder, wenn nun von Tag zu Tag die Mienen freundlicher werden und die Herzen der Geldmenschen leichter schlagen, der Bann ist gebrochen und wiederum zeigt sich, daß auch in Krisenzeiten sich gut und leicht verdienen läßt. Die Sonnenseite unseres Wirtschaftsleben zeigt, daß trotz der Wirtschaftskrise die übergroße Mehrzahl der Banken die Dividende vom Vorjahre halten kann, zeigt, daß eine ganze Reihe von Banken sogar ihre Ausschüttungen gegenüber dem Vorjahr erhöhen konnen und wenn schon hie und da, oder zwischendurch bei der einen Bank die Dividende um ein geringes kleiner ist, dann sind dafür größere Rücklagen gemacht worden und darin liegt schon wieder die Gewähr, daß dafür im nächsten Jahre der Ausfall an Dividende wett gemacht wird. Die bürgerliche Presse jubelt und freut sich darüber, daß Banken und Unternehmungen ihre Prosperität nicht eingebüßt und ihre festgefügten Fundamente trotz allen Widrigkeiten aufrecht erhalten haben. Daß aber in dieser Zeit, in der die Banken ihre Gewinne zusammenscharrten, tausende bisher bürgerliche Existenzen zu Grunde gingen und ihre Träger proletarisiert wurden, daß viele, viele davon um den Ertrag der Arbeit ihres ganzen Lebens gekommen sind, wer schert sich darum? Die Hauptsache ist und bleibt, daß die Großen viel, sehr viel verdient haben.

Es ist nun bezeichnend, daß trotz der guten Geschäftsabschlüsse fast alle Jahresberichte der Banken und Industrieunternehmungen konstatieren, daß das abgelaufene Geschäftsjahr ein schlechtes Krisenjahr war. Die Leitungen der Banken entschuldigen sich damit gewissermaßen, daß sie keine höheren Reingewinne ausweisen können und sprechen den armen Kapitalisten wenigstens die Hoffnung zu, daß es im nächsten Jahre schon wieder besser werden wird. Dabei aber schwanken die Dividenden zum Großteil zwischen 8 bis 14 Prozent und gar manche Arbeiterfamilie wäre froh, wenn sie nur einen Teil dessen an Jahreseinkommen hätte, was ein einzelner Aktionär einer Großbank nur an Dividende erhält.

Die zweite Klage, die fast in jeden Bankbericht wiederkehrt, sind die hohen Steuern, die die Geldinstitute an den Staat und die Gemeinden abzuführen haben. Wären wir nicht so verstockt, dann könnten auch wir den Schmerz der Kapitalgewaltigen nachfühlen und müßten begreifen, daß der Staat, wenn er den Geldmenschen einen Teil des mühelosen Gewinnes abnimmt, ihnen bitter Unrecht tut. So aber lassen uns diese beweglichen Klagen ganz kalt und wir bedauern nur, daß diese mühelosen Gewinne nicht noch mehr zu Abgaben herangezogen werden, denn wer, ohne selbst zu arbeiten, horrende Gewinne sich erarbeiten läßt und einstreicht, der kann auch ruhig noch größere Abgaben ertragen.

Daß trotz der Wirtschaftskrise und trotz der hohen Steuern den Bankmagnaten noch mehr als genug geblieben ist, geht zur Genüge aus folgender Aufstellung hervor. Es weisen aus:

	Reingewinn	Dividende in Prozent
Živnostenska banka . . .	50,461.354	14
Böhm. Eskomptebank und Kreditanstalt	33,737.384	14
Böhmische Unionbank . .	33,475.606	14
Böhmische Industriebank .	28,091.953	8
Prager Kreditbank . . .	25,246.389	14
Bank für Handel u. Industrie (Länderbank) . . .	17,616.515	10
Mähr. Agrar- und Industriebank, Brünn . . .	14,674.950	8
Allg. Böhm. Bankverein .	9,659.138	8
Tschechische Agrarbank . .	6,340.431	
Tatrabank, Turocz . . .	5,450.171	6
Legiobank, Prag	5,354.411	6
Slow. Allg. Kreditbank . .	5,206.319	6
Mährische Eskomptebank .	5,045.748	9½
Slov. banka, Preßburg . .	4,616.085	16
Zentralbank tschechischer Sparkassen	3,580.570	6
Kreditanstalt d. Deutschen .	2,008.713	6
Baugewerbe- u. Industriebank	1,445.003	4
Donaubank, Preßburg . .	1,434.902	6
Brünner Bank	1,102.518	4
Volkswirtschaftliche Bank, Preßburg	1,232.000	

Mit dieser Blütenlese wollen wir es genug sein lassen. Diese zwanzig Geldinstitute weisen allein

mehr als eine viertel Milliarde Reingewinn

aus, und wenn die Bilanzen der anderen Banken noch bekannt gegeben werden, wird sich diese Summe noch gewaltig erhöhen. Wahrlich, die Bankaktionäre haben durchaus keine Ursache zum Jammern und Klagen, sie können mit den Erträgnissen ihrer Kapitalien mehr als zufrieden sein! Daß aber auch die anderen Geldinstitute, die Sparkassen, im vergangenen Jahre gute Geschäfte gemacht haben, beweist die Prager städtische Sparkassa, die rund 18 Millionen K als Reingewinn ausweist.

Zu welchen Zwecken diese Reingewinne verwendet werden, geht aus einer Aufstellung des Statistischen Staatsamtes für das Jahr 1922 hervor. Demnach wurden von den Reingewinnen der Banken verwendet:

als Dividende
86,129.000 Kč (d. i. 29.34 Prozent)
als außerordentliche Dividende
75,500.000 Kč (d. i. 25.72 Prozent)
als Tantieme für Verwaltungsräte
14,703.000 Kč (d. i. 5.01 Prozent)
als Tantieme der Direktoren
1,600.000 Kč (d. i. 0.55 Prozent)

und für **gemeinnützige Zwecke wurden 260.000 Kč verwendet.** Wie man sieht sind unsere Geldinstitute und deren Leitungen sehr humanitär und gemeinnützig eingestellt und wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir annehmen, daß in diesem Jahre die gemeinnützigen Widmungen hinter dem Jahre 1922 zurückbleiben werden, trotzdem die Reingewinne sicher nicht kleiner, sondern, wie sich schon jetzt konstatieren läßt, größer geworden sind als wie im Jahre vorher. So häuft sich denn auf der einen Seite das Kapital immer mehr an, die Kapitalisten werden immer reicher und auf der anderen Seite werden immer mehr bürgerliche Schichten proletarisiert und wenn das Proletariat zur Abwehr der reaktionären Angriffe nicht stark genug ist, verschlechtert sich zusehends seine Klassenlage. Die ungeheueren Gewinne der Kapitalsgewaltigen stammen letzten Endes von der Arbeit der breiten Massen des werktätigen Volkes und wenn diese Riesengewinne im Interesse seiner Erzeuger verwendet würden, könnte viel Not aus der Welt geschafft werden.

Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß die allgemeine Lage unserer Volkswirtschaft auch für die Geldinstitute nicht günstig war. Wie das die Banken zum Ausdruck bringen und sich gewissermaßen deswegen bei den Aktionären entschuldigen, ist immerhin auch für unsere Leser lesenswert und deshalb lassen wir die „Erläuterung" einer unserer Großbanken zum Geschäftsbericht, auszugsweise folgen. Es heißt da:

„Die im Jahre 1922 eingetretene Deflationskrise lastete im ersten Semester 1923 mit voller Wucht auf der tschechoslowakischen Industrie und auch in das zweite Semester des Berichtsjahres erstrecken sich noch ihre Ausläufer. Die Wirkung der Industriekrise kam daher auch bei den Ergebnissen der Banken zum Ausdruck.

Die gesunkenen Umsätze bewirkten erstmalig einen Rückgang der Provisionserträgnisse um rund 1¼ Millionen K, nachdem sie durch viele Jahre kontinuierlich gestiegen waren. Die der Bank anvertrauten fremden Mittel haben eine Steigerung um über 300 Millionen K erfahren. Bei der geringen Inanspruchnahme durch die Industrie war die Bank jedoch genötigt, zeitweise einen Teil ihrer Gelder brach liegen zu lassen, einen anderen — wie aus der Zunahme des Wechsel- und Effektenbestandes ersichtlich ist — in Schatzwechseln und Schatzscheinen anzulegen, deren Verzinsung sich ungünstiger stellte, als die der Gelder, die im Kontokorrentgeschäft elozierl waren. Ueberdies betrug der durchschnittliche Wechselskomptesatz des Bankamtes 4.87 Prozent gegenüber 5.22 Prozent im Jahre 1922 und die Debetkonditionen waren dementsprechend niedriger. Aus den angeführten Gründen konnte gegenüber einer Steigerung der Passivzinsen um 2,900.000 K nur eine Erhöhung der Aktivzinsen um 900.000 K erzielt werden, so daß der gesamte Zinsenertrag gegenüber dem Vorjahre um 2 Millionen K zurückgeblieben ist.

Trotz der angeführten ungünstigen Momente ist die Bank in der Lage, ein Resultat vorzulegen, welches dem des Jahres 1922 ungefähr gleichkommt."

Das berichtet eine Bank, die im letzten Jahr um 1,193.000 K mehr Reingewinn ausweist, als wie im Jahre 1922. Daß die berichtende Direktion und der Aufsichtsrat sich selbst den Aktionären dabei in gebührende Erinnerung bringen, ist wohl zu verstehen. Und so heißt es denn in den „Erläuterungen" dann weiter:

„Die im letzten Jahresbericht ausgesprochene Hoffnung auf Herabdrückung der Sachregie hat sich erfüllt, die Spesen sind um 2½ Millionen, die Personalauslagen um einer halben Million K gesunken."

Direktion und Aufsichtsrat haben also an den sachlichen und Personalausgaben nach Kräften gespart und dadurch sich sicher die Anerkennung der Aktionäre verdient.

Die Ziffern der kleinen Hälfte der Bankberichte sprechen eine eindringliche Sprache. Sie zeigen den Arbeitern die wachsende Macht des Kapitals und rufen die Massen zum organisatorischen Zusammenschluß auf. Der festen Front der Geldsäcke muß die Arbeiterklasse ihre festgefügte, unzertrennliche Front entgegenstellen können, denn nur dadurch wird dereinst die Macht des Kapitals gebrochen werden können.

Leichte Senkung der Großhandelspreise. Das durch die Großhandelspreise ermittelte Preisniveau hat am 1. April 1924, den „Preisberichten" des Statistischen Staatsamtes, Nr. 8/9, zufolge eine kleine Senkung erfahren. Von 1026 im März sank der Index auf 1022 im April, also um 1.8 Prozent (bei Zugrundelegung der Preise vom Juli 1914). Es sind sämtliche Warengattungen im Preise gefallen bis auf Flachs, welcher um 19.9 Prozent stieg und Textilien, welche infolge der Verteuerung des Flachses bei direkter Vergleichung mit dem Vormonate durchschnittlich um 1.8 Prozent gestiegen sind.

Einigungsverhandlungen im sächsischen Bergbau. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" aus Dresden dürften Freitag in Zwickau Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes im sächsischen Steinkohlenbergbau beginnen. Dem „Berliner Tageblatt" zufolge rechnet man mit einer baldigen Beilegung des Kampfes.

Streikende in der Badischen Anilinfabrik. In den Gewerken der „Badischen Anilin- und Sodafabrik" in Ludwigshafen wurde heute die Arbeit nach vielwöchigem Ausstand ohne Zwischenfall wieder aufgenommen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Bad Bohdaneč bei Pardubitz heilt mit Erfolg Erkrankungen der Muskeln, Nerven und Gelenke (Gicht, Rheumatismus), des Herzens, der Arterien und Frauenkrankheiten. Moor-, Kohlensäure- und elektrische Bäder usw. Radioaktiver alkalisch-eisenhältiger Sprudel von 21° Celsius. Billige Wohnungen von 6.— bis 25.— Kč. Vorzügliche und billige Verpflegung. Ausgedehnter schöner Park und waldreiche Umgebung. Bäder und Wohnungen modern eingerichtet. Elektrisches Licht, Wasserleitung, Zentralheizung. Im Mai und September Preisermäßigungen. Täglich Konzerte. Saison vom 1. Mai bis 30. September. Telephon Nr. 2. Verlangen Sie Prospekte. Badearzt MUDr. O. Simáček, emer. Primararzt des Krankenhauses in Böhmisch-Brod. (2756)

Kunst und Wissen.

Beethoven-Feier. — Konzert Goldbaum. — Russischer Liederabend. Wie der „Fidelio" Beethovens die Oper der Freiheit und das hohe Lied der Gattenliebe ist, so ist seine neunte Symphonie der Jubelhymnus der Versöhnung und Brüderlichkeit und der allgemeinen Menschenliebe. Es war eine nicht genug anzuerkennende Tat unseres Deutschen Theaters, den hundertsten Geburtstag der neunten Beethoven-Symphonie durch eine Festaufführung dieses unvergänglichen Meisterwerkes zu begehen. Erst recht aus dem Grunde, weil die gegenwärtige Aufführung zu den vollkommensten gehört, die seit Jahren hier geboten wurden. Es ist daher nur begreiflich, daß die donnerstägige festmäßige Wiedergabe die denkwürdige letzte Aufführung im Lucerna-Saale an Intensität der Begeisterung noch übertraf, weil Ausführende und Publikum eingedenk des Aufführungsgrundes und daher doppelt bei der Sache waren. Auch das mitwirkende Soloquartett der Damen de Garmo und Sommer sowie der Herren Eisenberg und Schwarz hatte diesmal einen Ehrenabend und trug wesentlich zur Hebung des festlichen Schluß- und Freudenhymnus bei. Müßig zu sagen, daß sich Zemlinsky mit inbrünstiger Liebe des Werkes angenommen hatte. Vor der Symphonie sang Herr Eisenberg Beethovens „Adelaide", zu selbstgefällig im gesanglichen und zu wenig gefühlsecht im Vortrage. Die Eröffnung des Konzertes bildete die Ouvertüre zur „Weihe des Hauses". — Während das Beethoven-Festkonzert erfreulicherweise vor gutbesetztem Hause stattfand, spielte in der Produktenbörse der Pianist Norbert Goldbaum nur für ein kleines Häuflein interessierter Klavierspieler. Schade, daß die bei uns zur Regel gewordene schädliche Konzertkonkurrenz einen großen Teil des Prager Konzertpublikums um den Genuß brachte, diesen echten Künstler zu hören. Denn Goldbaum gehört zu der seltenen Art jener Künstler, denen die technische Fertigkeit auf ihrem Instrumente nur als selbstverständliches Ausdrucksmittel der Kunst dient. — Einen äußerst interessanten russischen Lieder- und Duetten-Abend, bei dem Werke von Tschaikowsky, Rimskij-Korsakow, Glazunow, Rachmaninow, Grečaninow, Mussorgsky, Tanějew und Strawinskij zum Vortrage gelangten, veranstaltete die rührige „Hudebni matice umělecké besedy". Auch die beiden, das umfangreiche Programm dieses Konzertes vermittelnden Sängerinnen, die Sopranistin Romisovska und die Altistin Germanova, erwiesen sich als glückliche Akquisitionen. —ek.

„Romeo und Julia" im Nationaltheater. Es ist ein großartiger Versuch des Nationaltheaters gewesen, dieses herrliche Liebesdrama, das größte der Weltliteratur, mit all seinem lyrischen Stimmungsreichtum, der unbarmherzigen Konsequenz des Geschehens, in möglichst konzentrierter Form neu inszeniert, auf die Bühne zu bringen. Gewisse Szenen wie: das erste Begegnen der Liebenden auf dem Balle der Capulets, der heimliche Ehebund in Lorenzos Zelle, die Verzweiflung Julias bei der Nachricht über die Verbannung Romeos wie auch die Liebesszene in Julias Zimmer, nicht minder die realistisch-groteske Szene nach ihrem Scheintode durch das Schlafmittel Lorenzos übten stärkste Wirkung. Weniger schon konnte man sich mit der Balkonszene einverstanden erklären, in der der seltsame Bau, den Hilar als Erker hingestellt hatte, die Illusion doch gewaltig schädigte. — Es ist sicher, daß diese Art von modern-expressionistischen Inszenierung den gewünschten schnellen Szenenwechsel ermöglicht, doch sollte die von den Russen abgelernte Technik nicht übertrieben werden. Uneingeschränktes Lob kann dagegen den Darstellern, vor allem der „Julia", Frau Brchlickas und dem „Romeo" Tumas (der als Gast mit Bewilligung des Weinberger Theaters auftrat) gespendet werden. Die glühende Sprache der Liebesleidenschaft überströmende Freude wie verzweifelter Schmerz verkörperten und drückten beide überzeugend aus. Aber auch die Darsteller aller anderen Rollen, selbst der drastisch-humoristischen Nebenrollen, machten die Aufführung zu einem bedeutenden künstlerischen Ereignis. D. K. E.

Gastspiel Valerie von Martens — Kurt Götz. Valerie von Martens wird mit Kurt Götz, dem Dichter von „Ingeborg" und „Menagerie", Ende der kommenden Woche in der Kleinen Bühne ein mehrabendliches Gastspiel beginnen.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Samstag „Der fidele Bauer"; morgen Sonntag nachmittags „Das Kamel geht durch das Nadelöhr", abends Gastspiel Sterneck „Der Rosenkavalier".

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Samstag „Apostelspiel", „Des Königs Brief"; Sonntag abends Gastspiel Pepi Kramer-Glöckner „Ihr Korporal".

Turnen und Sport.

Körperkultur und Proletariat.

Der 5. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes hat eine Agitationsbroschüre herausgegeben, — „Körperkultur und Proletariat" von Ed. Erlacher — die der Arbeiterschaft einen kleinen Einblick in das Wesen der Arbeiterturn- und Sportbewegung verschaffen soll. Dieser Aufgabe kommt das Elaborat des Genossen Erlacher in jeder Beziehung nach. Die Broschüre, die per Stück nur 1.20 K kostet, verdient es, daß sie von Tausenden gelesen wird. Im Nachstehenden bringen wir eines der interessanten Kapitel dieser Broschüre zum Abdruck.

Neben den gesundheitsfördernden Werten birgt die Leibespflege auch noch immense Vorteile erzieherischer Natur in sich. Jung und alt wird durch die Turnordnung zur Disziplin, zur freiwilligen Unterordnung gezwungen. Hat doch auch das scheinbar ungebundene Spiel seine Grenzen, deren Ueberschreitung geahndet wird. Darin liegt ja eigentlich das wichige Moment der körperlichen Kultur, ist sein Wesen und Inhalt. Jeder muß sich einer freiwilligen Disziplin unterwerfen, wird aber zugleich auch mit der Erkenntnis befruchtet, daß nur in der harmonischen Zusammenarbeit mit anderen große Ziele erreicht werden können. Der Turner oder Sportler, der seinen Körper zu schätzen weiß, wird damit zu einem wichtigen Gliede der menschlichen Gemeinschaft. Durch seine Betätigung wächst seine Zuversicht und sein Vertrauen in die eigene Kraft, hebt sich sein Mut, stählt sich Blick und Wille und bewirkt dadurch so eine gewinnende Achtung vor dem eigenen Ich. Der wahre Turnsportler muß sich aber auch in mancherlei Hinsicht eine Abstinenz auferlegen, wodurch einerseits sein Charakter an Festigkeit zunimmt, andererseits auch die Achtung vor den Nebenmenschen auf eine höhere Stufe gebracht wird.

Durch den Umgang mit Gleichgesinnten, gleichen Zielen Zustrebenden entwickelt sich eine reine und wahre Kameradschaft von hoher moralischer Bedeutung. Das Gefühl der Solidarität erweckt zugleich auch einen gesteigerten Kampfeswillen, da ja in der Zusammengehörigkeit ein gewaltiger Vorrat an Kraft vereinigt wird. Wahre Körperkultur erzieht zum wirklichen Menschen, zum Menschen, der sich seines Wertes bewußt ist.

Als der letzte Bundesturntag in Teplitz das Problem der Erziehung aufwarf, war wohl vielerseits eine geteilte Meinung zu finden. Turnvereine — Erzieher — Kulturvereine? — Und dennoch mußte sich jeder vor der Tatsache beugen, daß Körperkultur ohne geistigen Hintergrund nur ein einseitiges Unding bleibt. Schon das Wort „Erziehung" führt uns in die Tiefen seines Inhaltes: Erziehen heißt die sittlichen, geistigen und künstlerischen Kräfte im Zögling zur vollen Entfaltung zu bringen, heißt aus dem bloß rohen, noch unentwickelten, ungeformten Individuum eine vollwertige reife Persönlichkeit zu bilden; eine Persönlichkeit, die frei und ungezwungen in allen Lebenslagen sich so vollwertig und gediegen gibt. Geistige und körperliche Anlagen, selbsterhaltende und soziale Triebe in gleicher Weise, bilden die Grundlage dieses Begriffes.

Aus den Entwicklungstendenzen der modernen Zeit mußte neben die körperliche Erziehung auch die geistige gestellt werden. Besonders der Jugenderziehung ist unsere Aufmerksamkeit gewidmet, um dem Proletariat später eine kräftige und willensstarke Kämpferschar heranzubilden. Zumal Schule und Haus in dieser Beziehung viele Versager aufweisen, eine Besserung dort momentan kaum zu erwarten ist, mußte die Arbeiterklasse die Jugenderziehung im sozialistischen Sinne durch seine berufenen Institutionen selbst vornehmen. Die Arbeiter als „Pädagogen", als Lehrmeister! So mancher „Ethiker" und „Moralprediger" konnte es nicht fassen, mußte aber doch eingestehen, daß der proletarische Nachwuchs nur durch das Proletariat richtig erzogen werden kann.

Und gerade die Turnvereine, die zum Sammelpunkte von der Jugend auserkoren, können die erfolgreichste Erziehung leisten. Am Turn- oder Spielplatz gibt sich das Kind so wie es wirklich ist, zeigt sich die Psyche hüllenlos und läßt den Erzieher einen Einblick in die kindliche Seele tun. Daraus schöpft dann der Erzieher, bezw. setzt er den Hebel seiner Tätigkeit an. Wenn man auch den Turnern immer vorwirft, sie seien unpolitische, klassenverratübende Elemente: durch ihr Erzieherwesen werden sie die Ueberpolitiker von dem Gegenteil überzeugen. Die Einführung in den revolutionären Klassenkampf, die Erziehung zum handelnden Funktionär, zum Führer der Arbeiterbewegung, dies sind die Ziele, die sich die Arbeiterturnerschaft in dieser Hinsicht gesteckt hat. Nicht nur disziplinierte Parteisoldaten sollen aus den Kindern einst werden, sondern Menschen, die auch zu führen wissen.

Noch ist das geistige Erziehungswesen für uns alte Turner Neuland. Es wird aber nicht bleiben, wenn es fachmännisch bearbeitet sein wird. Die eingangs erwähnten Eigenschaften, die durch richtige Körperkultur den Menschen geistig und körperlich günstig beeinflussen, sind der Boden, auf dem das Saatkorn der eigentlichen revolutionierenden Erziehung gesät wird. Durch die wohltätige Einwirkung der Körperübungen auf den ganzen Organismus wird die Lern- und Denkfähigkeit gesteigert womit zugleich die Aufnahmsfähigkeit geistiger Probleme eine leichtere ist.

Für den Erwachsenen gilt das Angeführte in gleicher Weise, ob Mann, ob Weib. Das Gefühl der Abgestumpftheit, der Indolenz wird sich niemals bei Menschen einstellen, die sich reger Körperkultur widmen. Der erziehende und bildende Einfluß dieser Betätigung ist der Gewinn, der der Arbeiterschaft zugutekommt.

Cardiff City gegen Tschechoslowakische Olympische Elf 3:2 (2:1). Gestern gingen die Engländer endlich aus ihrer Reserve heraus und lieferten vom Anstoß weg ein prachtvolles Spiel, das in den letzten 20 Minuten der Spielzeit eine klassische Form erreichte. Die Olympische Elf, in der sich fünf Spieler von Zidenice-Brünn befanden, kann von Glück reden, daß der Schiedsrichter ihr so wacker mithalf und immer ausgerechnet dann Offside pfiff, wenn ein Tor der Engländer nicht mehr anders zu verhindern gewesen wäre. Dafür kannte er auf der Spielhälfte der Engländer überhaupt kein Offside und amtierte nur dann, wenn das Publikum selbst in stürmische Protestrufe ausbrach. Zum Schluß pfiff er das Spiel 30 Sekunden früher ab, in dem Augenblick, als ein Engländer eben den Ball neben Kaliba ins Tor placieren wollte. Für die wenig erfreuliche und erbauliche Tätigkeit des Schiedsrichters entschädigte die Zuschauer wenigstens zeitweise die Olympische Elf. Besonders in der ersten Hälfte der zweiten Halbzeit war es eine Freude, die Mannschaft spielen zu sehen: In diesem Zeitraum war sie ein ebenbürtiger Gegner. Sonst aber bemühten sich Spieler und Schiedsrichter um die Wette, die Mißgunst der 15.000 Zuschauer zu erwerben. Manchem optimistischen Zuschauer wurde da die letzte Hoffnung auf ein gutes Abschneiden der Tschechoslowakei auf der Olympiade zerstört. Und es wird in Paris kaum so „gute" Schiedsrichter geben wie in Prag.

Bolton Wanderer, der vorjährige englische Cupsieger, spielt morgen gegen die Sparta. Das Debacle für die Sparta kann unter Umständen katastrophal werden, wenn Hirzer (früher Makkabi) im Sturm nicht eine Sonderleistung vollbringt.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Čermak.
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Kießner.
Druck: Deutsche Zeitungs-A.-G. Prag
Für den Druck verantwortlich: O. Holik

Kuh & Kretsch
Likörfabrik 1476
Teplitz-Schönau.

Zirkus Carl Hagenbeck
PRAG II., na TEŠNOVĚ
Täglich um 8 Uhr abends prachtvolle Vorstellung mit Großstadtprogramm. Jeden Mittwoch, Samstag, Sonntag und Feiertag zwei grosse Vorstellungen um 4 Uhr nachm. und 8 Uhr abends. Stallbesichtigungen von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags.
Telephon 31.100. 2768
Vorverkauf d. Karten bei der Frau Truhlář, Korunna, Košík und Waldek bei der Frau Habelba (Rokoko) und bei der Zirkuskassa täglich von 10—11 u. von 16 Uhr nachm.

Böhmische Union-Bank.

Auf Grund der in der heutigen Generalversammlung der Aktionäre der Böhmischen Unionbank gefaßten Beschlüsse gelangt die Dividende für das Jahr 1923 mit

achtundzwanzig Kronen č. per Aktie
vom 9. Mai 1924 ab gegen den Kupon Nr. 44 der Aktien

in Prag bei unserer Hauptkassa,
in Asch, Bratislava, Braunau i. B., Brünn, Freiwaldau, Friedek-Mistek i. Schl., Gablonz a. N., Graslitz, Hohenelbe, Jägerndorf, Karlsbad, Königinhof a. E., Marienbad, M.-Ostrau, M.-Schönberg, Neutitschein, Olmütz, Prossnitz, Reichenberg, Rumburg, Saaz, Teplitz-Schönau, Trautenau, Troppau bei unseren Filialen,
in Wien bei unserer Kommanditе Rosenfeld u. Co., Wien I., Rathausstraße 20,
zur Auszahlung.

Die Kupons sind arithmetisch geordnet mit Konsignation einzureichen, wozu Blankette bei den Zahlstellen unentgeltlich verabfolgt werden.

T 1276 **Der Verwaltungsrat.**
Prag, den 8. Mai 1924.

(Nachdruck wird nicht honoriert. 4911